

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

7. Sitzung vom 20. November 2006 • von 18.00 bis 00.10 Uhr • Chappellehofsaal Wohlen

Vorsitz: Arthur Fischer, Präsident

Protokollführung: Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: Einwohnerrat

Von 18.00 Bis 18.25 Uhr

34 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 18

Zweidrittelsmehr: 23

Von 18.25 bis 20.00 Uhr

35 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 18

Zweidrittelsmehr: 24

Von 20.00 bis Ende der Sitzung:

36 Mitglieder des Einwohnerrates

Absolutes Mehr: 19

Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann

Harold Külling, Vizeammann

Doris Becker, Gemeinderätin

Paul Huwiler, Gemeinderat

René Meier, Gemeinderat

Christian Müller, Gemeinderat

Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

Werner Mäder, Bauverwalter

Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

Werner Lüpold, Betreibungsbeamter
Peter Joller, Chef Soziale Dienste
Peter Christen, Polizeichef
Thomas Laube, Chef Steueramt
Ernesto Hitz, Schulsekretär
Beat Herzog, Kdt. Reg. Zivilschutzorganisation
Franco Corsiglia, Präsident der Schulpflege
René Bossert, Bereichsleiter EDV

Entschuldigungen

Judith Steiner Landert, SVP
Tomi Schmid, Freis Wohle
Matthias Fricker, CVP
Elmar Ludl, SP

Traktandenliste

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Finanzplan 2006 – 2010 – *überarbeitete Vorlage*
3. Voranschlag 2007 – 2. *Vorlage*

Arthur Fischer, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Arthur Fischer, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11021 Voranschlag 2007 – 2. Vorlage
- Anfrage 11022 betr. Vergabe des Auftrages für die fachliche Begleitung der Revision des Zonenplanes
- Anfrage 11023 Legislaturprogramm 2006-2009
- Einladung zur heutigen Sitzung
- Bericht der Finanzkommission zum Finanzplan und zum Voranschlag, 2. Version
- Dringliche Motion 11024 betr. Schaffen von neuen Arbeitsplätzen
- Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 16. Oktober 2006

Mitteilungen

- Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat uns mitgeteilt, dass Albert Spengler, Dorfteil Anglikon, ab sofort aus der Fraktion ausgetreten ist.
- Einreichen von Vorstössen
In letzter Zeit sind Vorstösse von den Verfassern direkt der Presse übermittelt worden, bevor die Mitglieder vom Büro darüber in Kenntnis gesetzt werden konnten. So wurde zum Beispiel auch der Bericht der FK weder durch die Kanzlei noch durch den Präsidenten der FIKO an die Presse übermittelt.
Das Büro findet dieses Vorgehen nicht korrekt. Früher war dies nie der Fall. Gemäss bisheriger Praxis ist die Presse zeitgleich – und das ist jetzt noch so – mit dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat per Post durch die Kanzlei zu orientieren.
Wir bitten Sie, sich in Zukunft wieder an diese Praxis zu halten.
- Nach der heutigen Sitzung werden wir den Versuch „Sitzung im Chappellehof“ evaluieren. Der Rat wird selbstverständlich einbezogen. Das Büro wird Sie anschliessend über das Resultat und die daraus resultierenden Konsequenzen orientieren.
- Das Büro hat ebenfalls beschlossen, im Januar – vor der nächsten Sitzung – mit den Fraktionspräsidentinnen und –Präsidenten eine Sitzung abzuhalten, um einen Rückblick über dieses Jahr und einen Ausblick über das nächste Jahr zu machen. Hoffentlich in einer lockeren Atmosphäre. Ich werde dann gelegentlich eine Terminusumfrage starten.

Ich habe vor wenigen Minuten ein Rücktrittsschreiben erhalten. Ich lese Ihnen dieses vor:

„Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gemeinderätin und Gemeinderäte

Ich werde im Jahre 2007 meinen Wohnsitz nach Deutschland verlegen. Aus diesem Grunde möchte ich hiermit meinen Austritt aus dem Einwohnerrat per 31. Dezember 2006 einreichen. Ich möchte mich bei allen Menschen, welche mich politisch in den letzten 5 Jahren begleitet haben, recht herzlich bedanken. Ich nehme viele wertvolle Erfahrungen mit auf meinen weiteren Lebensweg. Zu meinem persönlichen Höhepunkt darf ich sicher zählen, dass meinem politischen Schaffen jederzeit Respekt und teilweise sogar Anerkennung entgegengebracht wurde. Ich wünsche Wohlen und allen Einwohnern für die Zukunft die Kraft und positives Schaffen und Denken. Kameradschaftliche Grüsse Martin Wyss.“

Martin, du war ein Schaffer im Einwohnerrat und hast vieles erreicht. Du hast Deine Fachkenntnisse vor allem Baubereich zum Ausdruck gegeben und dafür die festgestellte Anerkennung zu Recht entgegennehmen dürfen.

Das ist für dieses Jahr die letzte Sitzung des Einwohnerrates und darum verabschieden wir dich offiziell. Ich wünsche dir von ganzem Herzen alles Gute in Deiner neuen Heimat, viel Erfolg in deinem beruflichen und privaten Leben. Ich hoffe, dass wir dich wieder einmal sehen werden, vielleicht auch auf dem Fussballplatz. Vielen Dank Martin Wyss und alles Gute.

Eine kurze Einleitung zur Traktandenliste:

Mit der Behandlung des Finanzplans und des Voranschlags steht heute für unsere Gemeinde eine wichtige und richtungsweisende Sitzung an. Ich hoffe, dass wir die beiden Geschäfte effizient und auf gutem Niveau behandeln können. Um dieses Ziel erreichen zu können, sind wir auf den Willen aller Beteiligten hier im Rat angewiesen. Mein erklärtes Ziel ist, diese Behandlung heute abzuschliessen, d.h. ich bitte Sie – wenn möglich – sich kurz zu halten und sich auf das Wesentliche zu beschränken. Ich werde auch Pausen machen und zwar die erste nach dem Finanzplan. Danach je nach Verlauf, aber sicher ist nach jeder Stunde eine kurze Pause angesagt.

Bevor wir nun zur Traktandenliste übergehen, behandeln wir die dringliche Motion der Fraktion SVP betr. Schaffen von neuen Arbeitsplätzen.

Fischer Arthur, Präsident: Die Dringlichkeitserklärung § 44 bedingt 2/3-Mehrheit.

Wir diskutieren jetzt nur über die Dringlichkeit und nicht über den Inhalt. Danach stimmen wir ab und je nach Ergebnis entscheiden wir, ob wir die Motion behandeln oder ob wir diese zu einem späteren Zeitpunkt traktandieren. Darf ich das Wort weitergeben für die Begründung der Dringlichkeit.

Tanner Peter, SVP: Aufgrund der aufgeführten Zahlen und Fakten ist zu erkennen, dass wir einen Befreiungsschlag machen sollten, um aus der Abwärtsspirale herauszukommen. Wird heute aber eine Steuerfusserhöhung beschlossen, machen wir kein Befreiungsschlag, sondern ein Eigen-goal. Der Kanton macht für uns alle die beste Standortwerbung. Die nonverbale Mitteilung daraus an die Investoren, Firmengründer, Gewerbetreibende heisst: „Komm Sie zu uns, Sie sind herzlich willkommen.“ An diejenigen, die hier sind: „Bleiben Sie hier, wir nehmen Sie ernst. Mit dem Aargau können Sie rechnen.“ Mit dieser angekündigten Steuerfusserhöhung ist die nonverbale Mitteilung der Gemeinde Wohlen: „Kommen Sie nicht zu uns.“ Resp. „Ziehen Sie weg von hier.“ Seien wir ehrlich: Jetzt eine Steuerfusserhöhung durchzuziehen, kann nichts anderes ausdrücken als „Machen Sie einen Bogen um Wohlen“. Wollen wir dies? Nein. Können wir uns dies leisten? Nein. Unsere Fraktion hat deshalb diese dringliche Motion eingereicht. Werte Kolleginnen und Kollegen, die Steuern raufzusetzen ist ein Eigengoal und kein Befreiungsschlag. Wohlen hat schon einen Rückstand. Er darf nicht noch grösser werden. Wir müssen sofort daran gehen, diesen Rückstand aufzuholen, beim Steuerertrag, bei der Anzahl Arbeitsplätzen etc. Mit Nachdruck müssen wir dafür sorgen, dass sich der Gemeinderat sofort intensiv darum bemüht. Dies sind Aufgaben, die seit Jahren auf der Pendenzenliste stehen. Mit einem Ja für die Motion und die Dringlichkeit setzen wir für die Bevölkerung ein wichtiges Zeichen. Mehr Steuereinnahmen, aber nicht durch eine Steuerfusserhöhung, sondern durch gezielte Verbesserung unseres Wirtschaftsstandortes. Nur mit der Überweisung bekommt der Gemeinderat das nötige Signal und beschreitet den neuen Weg. Standortwerbung sieht dann nicht abweisend, sondern einladend aus. Nur so kann es zum Wohler Befreiungsschlag kommen. Damit begründe ich die Dringlichkeit und auch die Motion.

Külling Harold, Vizeammann: Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung der Dringlichkeit. Diese Motion ist nicht dringlich. Dringlichkeit heisst ja, dass wir sie heute behandeln müssen. Den Inhalt dieser Motion kann ruhig an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen behandelt werden. Dies hat das Votum von Peter Tanner noch begründet. Er spricht davon, dass man keine Steuerfusserhöhung machen soll. Über die Steuerfusserhöhung werden wir später diskutieren, sobald es um das Budget geht. Wir behandeln sein wesentliches Anliegen. Wir müssen diese Motion heute nicht behandeln. Ich möchte Ihnen im Sinne einer zügigen Behandlung dieser Geschäfte beliebt machen, die Dringlichkeit abzuweisen.

Donat Rudolf, CVP: Die CVP Wohlen hat beschlossen, gegen die Dringlichkeit zu stimmen. Wir sehen den Zusammenhang mit dem Steuerfuss nicht. Teilweise werden wir diese Motion aber unterstützen.

Abstimmung Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird mit 7 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Roger Isler, CVP, trifft um 18.25 Uhr ein.

41 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Finanzplan 2006 – 2010 – *überarbeitete Vorlage*

Fischer Arthur, Präsident: Der Finanzplan wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Es können nur Anmerkungen gemacht werden. Anträge sind nicht zulässig. Es wird auch nicht darüber abgestimmt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Mit dem Finanzplan werden folgende Ziele verfolgt:

1. Künftige Aufgaben erkennen und die daraus entstehenden Ausgaben in der Investitions- und der laufenden Rechnung aufzuzeigen.
2. Die mutmasslichen Einnahmen abschätzen.
3. Die Planung einer ausgewogenen Steuerpolitik.
4. Den Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen der Verschuldung gewinnen.

In den letzten Jahren wurde das, was geplant wurde, auch umgesetzt.

Der Investitionsplan zeigt, dass die Gemeinde in den kommenden Jahren finanziell stark gefordert ist. Im Finanzplan sind alle Projekte aufgeführt, welche realisiert werden müssten. Mangels Finanzen ist es jedoch nicht möglich, diese umzusetzen. Vorhaben müssen zeitlich hinausgeschoben werden. Wir haben mehr gute Ideen als Geld! Dies ist das Hauptproblem. Zu hoffen bleibt, dass sich die positive Wirtschaftsentwicklung auch auf die Gemeinde auswirkt.

Mit rund Fr. 19 Mio. Nettoschulden per Ende 2005 ist die Verschuldung noch tief. Die Schuldentwicklung per Ende 2006 und auch 2007 ist unproblematisch. Erst im Jahr 2008 ändert sich die Situation zum Negativen.

Folgende Eckpunkte schlagen sich nieder:

- Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse
- Gemeindebeitrag an die Renovation des „Bifang“. Aufgrund der Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden ging der Bau von Altersheimen per 1. Januar 2006 in die alleinige Zuständigkeit der Gemeinden über.
- Sollte die Revision Steuergesetz vom Volk angenommen werden, wäre ab 2007 in Wohlen mit einem jährlichen Steuerausfall von rund Fr. 1 Mio. zu rechnen. Das Steuergesetz ist für Wohlen nicht das alleinige Problem. Es verschärft aber die Situation.

Allgemeine Wirtschaftslage

Es wird mit einer weiterhin günstigen wirtschaftlichen Entwicklung gerechnet.

Auswirkungen Bundes und der kantonalen Politik

Folgende Entscheide haben negative Auswirkungen auf die Gemeinden:

Bund

- Neuer Finanzausgleich (NFA) zwischen Bund und Kantonen mit Auswirkungen auf
 - Restkosten für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen
 - Öffentlicher Verkehr
 - Spitex (Bund beteiligt sich nicht mehr an den Aufwendungen)

Kanton

- Revision Steuergesetz
- Dekret über die Aargauische Pensionskasse
- Neues Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung
- Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden GAT III, Gemeindebeteiligung am Personalaufwand der Volksschule variiert
- Geplante bildungspolitische Vorhaben wie Harmonisierung der Schulstrukturen, Tagesstrukturen, neue Ressourcensteuerung und die Einführung einer Grund- und Basisstufe (sogenanntes „Bildungskleeblatt“)

Weil die bildungspolitischen Vorhaben nicht finanzierbar sind, gelangten der Gemeinderat und die Schulpflege Ende Oktober 2006 mit einem gemeinsamen Schreiben an Regierungsrat Rainer Huber. Es wurde ein Besprechungstermin verlangt. Mitte Dezember 2006 startet der Regierungsrat die Vernehmlassung zum „Bildungskleeblatt“. Danach findet die Besprechung mit BKS-Vorsteher Rainer Huber statt.

Ausfinanzierung Aargauische Pensionskasse (APK)

Am 22. März 2006 unterbreitete der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Botschaft betreffend der Revision des Pensionskassendekretes. Der Regierungsrat will eine „Altlast“ beseitigen. Die Lücke bei der APK entstand, weil der Grosse Rat seinerzeit beschlossen hatte, ab 1962 und bis 1989 auf den Höhereinkauf von teuerungsbedingten Lohnerhöhungen zu verzichten. Davon betroffen sind der Kanton selber, 108 Gemeinden und weitere Gemeindeverbände. Die Gemeinde Wohlen ist auch dabei.

In seiner Antwort vom 25. Oktober 2006 auf eine Interpellation betreffend der Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse hielt der Regierungsrat u.a. folgendes fest: *„Die Ausfinanzierung des versicherungstechnischen APK-Defizits stellt für die Gemeinden eine gebundene Ausgabe dar, die ohne Beschluss des zuständigen Organs zu tätigen ist.“*

Der Regierungsrat schreibt weiter: *„Nicht gebunden sind jedoch die individuellen Finanzierungskosten der Gemeinden für eine allfällige Besitzstandsregelung. Diese kann im freien Ermessen durch die Gemeinde festgelegt werden und ist jeweils von der Gemeindeversammlung oder vom Einwohnerrat zu genehmigen.“*

Was heisst dies konkret für Wohlen? – Wenn der Grosse Rat dem Antrag des Regierungsrates zustimmt, müssen die Deckungslücke von Fr. 9.9 Mio. ohne einen Beschluss des Gemeinderates und des Einwohnerrates bezahlt werden. D.h. der Gemeinderat und der Einwohnerrat haben dazu nichts zu sagen. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat haben einzig noch über die Besitzstandsgewährung von max. Fr. 3.3 Mio. zu befinden.

Steuerfuss

Der aktuelle Steuerfuss von 105 % liegt um 2 % unter dem Kantonsmittel von 107 %. Berücksichtigt man die Tatsache, dass Wohlen im Gegensatz zu anderen Gemeinden keine Gebühr für Grüngut erhebt, so beträgt der Steuerfuss effektiv weniger als 102 %.

Der Gemeinderat verabschiedete den Voranschlag am 7. August 2006. Erst danach, d.h. am 22. August 2006 verabschiedete der Grosse das revidierte Steuergesetz. Weil diese Steuerausfälle zur Folge hat und aufgrund der ersten Beratung des Voranschlages 2007 des Einwohnerrates nahm der Gemeinderat in Sache Steuerfuss eine neue Lagebeurteilung vor.

Im Finanzplan wird deshalb ab 2007 mit einem Steuerfuss von 115 % gerechnet. Damit liegt Wohlen bei rund 51 % der Gemeinden, welche einen Steuerfuss von 115 % und tiefer haben.

Finanzielle Ausgangslage

Bei der Beurteilung der finanziellen Lage verweise ich auf Seite 5. Daraus ersehen Sie, dass die Eigenfinanzierungskraft unserer Gemeinde schwach ist.

Schlussbetrachtung

Ein Mitglied des Einwohnerrates fragte, ob die Tendenz betreffend dem düsteren Bild nicht früher hätte erkannt werden müssen. Die Antwort darauf lautet: Ja, sie wurde erkannt und zwar im 2003. Damals stellte der Gemeinderat den Antrag den Steuerfuss auf 110 % zu erhöhen und eine Gebühr für Grüngut einzuführen. Der Einwohnerrat stimmte beiden Anträgen mehrheitlich zu. Die Vorlagen scheiterten aber in den Volksabstimmungen. Wären beiden Anträgen zugestimmt worden, so hätten wir seit 2004 pro Jahr rund Fr. 2 Mio. mehr eingenommen. Dies hätte innert drei Jahren rund Fr. 6 Mio. Mehreinnahmen bzw. weniger Schulden ausgemacht.

Was nicht bekannt war bzw. erkannt werden konnte, ist das Ausmass der Beteiligung der Gemeinde an der Renovation des „Bifang“ und die vom Regierungsrat beabsichtigte rasche Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse.

Die Verantwortlichen für das Bifang glaubten anfänglich, dass ein Gemeindebeitrag von rund Fr. 3 Mio. genügen würde. Dann waren es Fr. 6 Mio. und zuletzt Fr. 10 Mio. Dies wird im Gemeinderat und im Einwohnerrat sicherlich noch zu diskutieren geben.

Allein die „Brocken“ APK und „Bifang“ können bis rund Fr. 23 Mio. ausmachen. Dass diese Posten bei der schwachen Steuerkraft von Wohlen negativ zu Buche schlagen, ist schnell ersichtlich.

In den letzten Jahren wurden verschiedene Erschliessungspläne überarbeitet, was zur Folge hatte, dass Wohnraum an schönen Lagen entstand. Die laufende Erschliessungsplanung beim Rebberg ist in Bearbeitung. Die im Finanzplan eingeplante Erschliessung des Rebberges ist eine wichtige Vorinvestition, um zahlungskräftige Steuerzahlende zu gewinnen. Dies ist eines der Mittel um die Steuerkraft zu heben.

Eine weitere Massnahme zur Hebung der Steuerkraft ist die Wiederbelebung des Areals der Ferrowohlen AG. Es ist im höchsten Interesse der Gemeinde, wenn das jetzt nur teilweise genutzte Industrieareal wieder gewerblich betrieben wird.

Dass der Steuerfuss betreffend Standortwahl einer Unternehmung nicht Mass aller Dinge ist, belegt folgender konkreter Fall. Letzte Woche empfingen zwei Regierungsräte, die Ferro-Verantwortlichen, Aargau Services und ich eine ausländische Delegation, welche sich für das Fer-

roareal interessiert. Die Berater zogen nach einer weltweiten Evaluation auch das Ferroareal in die Endbetrachtung mit ein. Ob das Ferroareal in die Endbetrachtung miteinbezogen wird, wissen wir noch nicht. Interessant sind der Anforderungskatalog und die Prioritätenliste. Diese lautet wie folgt:

1. Arbeitskräfte
2. Lebensqualität
 - Schulsystem
 - Wohnmöglichkeiten
 - nächst gelegene internationale Schulen
 - medizinische Versorgung
 - Kriminalität / Sicherheit
 - Kultur- und Freizeiteinrichtungen
3. Geschwindigkeit betreffend Umsetzung der Pläne
 - Zeitbedarf für Eigentumsübertragung
 - Baubewilligungsverfahren
4. Verkehrserschliessung
5. Produktivität der Arbeitskräfte
6. Risiko für Naturkatastrophen
7. Energieversorgung (Elektrisch, Gas, Wasser)
8. Steuern

Die Steuern rangieren weit hinten.

Weiteres Vorgehen

Wenn Überlegungen über 5 bis 10 Jahre gemacht werden, dann stellt die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Wachstums bzw. der Steuereinnahmen die grösste Unsicherheit dar. Über diese Zeit verlässliche Prognosen zu machen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Diesem Umstand gilt es Rechnung zu tragen. Wir dürfen jetzt nicht in Panik verfallen. Es gilt jedoch finanziell aufzurüsten für die Zukunft. Aufgrund der anstehenden Aufgaben geht dies leider nicht ohne Steuererhöckerhöhung. Der Gemeinderat will, dass Wohlen seine Attraktivität weiter verbessert. Die Infrastruktur, welche eine Gemeinde bietet, ist wesentlich, ob es Leuten an einem Ort gefällt oder nicht. Will man vermögende Steuerzahlende halten oder anziehen, muss die Gemeinde auch etwas bieten. Es gilt deshalb beim Abbau von Leistungen abzuwägen, ob sich dieser mittelfristig positiv oder negativ auswirkt.

Blick in die Zukunft:

- Durch die beschlossenen Reformen auf Bundes und Kantonsebene wird die laufende Rechnung in den kommenden Jahren massiv zusätzlich belastet.
- Auch mit einem höheren Steuerfuss sind die im Finanzplan aufgeführten Investitionen nur teilweise realisierbar.
- Später vorgesehene Investitionen werden dann vorgezogen, wenn die Ertragslage der Gemeinde sich deutlich verbessert hat. Diesbezüglich werden Prioritäten gesetzt.
- Es wäre falsch, aufgrund der sich abzeichnenden zwingenden Aufgaben nur noch auf bessere Rechnungsabschlüsse zu hoffen.

In einem nächsten Schritt werden folgende Massnahmen geprüft:

- Überarbeitung Kanalisations- und Gebührenreglemente
- Überprüfung der gebundenen Ausgaben
- Veräusserung von Vermögenswerten
- Einführung Grüngutgebühren

Diese Arbeiten können nicht im Rahmen der Bearbeitung des Voranschlages 2007 vorgenommen werden. Der Vorgehenszeitplan liegt vor.

Benz Guido, Präsident Finanzkommission: Zuerst möchte ich im Bericht zum Finanzplan eine sehr wichtige Korrektur anbringen: Der Bericht sagt, die Finanzkommission beantrage dem Einwohnerrat einstimmig, vom Finanzplan zustimmend Kenntnis zu nehmen. Diese Einstimmigkeit stimmt nur für den Inhalt des Berichtes, nicht aber für den Finanzplan an sich, der eine Steuererhöhung von 10 % beinhaltet. Zwei Fiko-Mitglieder haben von Beginn weg nicht zugestimmt. Ich bitte meine betroffenen Kollegen in der Finanzkommission und Sie alle, meinen ärgerlichen Fehler zu entschuldigen.

Ich bin kein Liebhaber von langen Floskeln und wende mich normalerweise lieber mit „werte Anwesende“ an Sie. Heute habe ich sie aber ganz bewusst alle einzeln angesprochen. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe und ein gemeinsames Ziel: Gesunde Finanzen für Wohlen. Sie alle haben dabei eine spezifische Aufgabe und Verantwortung. In den Fiko-Berichten haben Sie zweifellos Aussagen gefunden, die Sie und Ihre Aufgabe und Ihre Verantwortung ansprechen.

Ich werde nicht den Bericht der Finanzkommission vortragen, wohl aber einige unserer Meinung nach wichtige Gedanken vertiefen. Es wird allgemein von einer sehr wichtigen Einwohnerratssitzung gesprochen. Dem ist wohl zuzustimmen. Wichtig ist aber nicht nur die Gestaltung des Voranschlages 2007. Ebenso wichtig ist für Sie alle zu erkennen, wie die mittel- und langfristige Finanzsituation der Gemeinde aussieht und daraus auch die Konsequenzen bei Ihren Entscheiden zum Voranschlag 2007 zu ziehen. Wohlen sieht sich mit ausserordentlich grossen Herausforderungen konfrontiert, die – so scheint mir – weder eine einzelne Partei, noch der Einwohnerrat, noch der Gemeinderat alleine lösen kann.

Ich möchte diese Herausforderung anhand weniger Zahlen in Erinnerung rufen:

- die Schulden steigen von CHF 20 Mio. Ende 2006 auf CHF 40 im 2010 und auf CHF 48 Mio. im 2015
- die Pro-Kopf-Verschuldung erreicht 2010 rund CHF 2750 und 2015 rund CHF 3200, dies bei einem kantonalen Richtwert von max. CHF 2500.
- Die Belastungsquote in % liegt im Durchschnitt der 10 Planungsjahre bei rund 8 %, also weit unter dem kantonalen Richtwert von 25 %. Und dies trotz den spürbaren Verbesserungen im revidierten Voranschlag und Finanzplan.

Ich komme nochmals auf die Belastungsquote zurück.

Die Finanzlage in Wohlen ist also schwierig, und zwar nicht nur im 2007, sondern auch in den kommenden 5 bis 10 Jahren. Das ist der Grund, warum die Finanzkommission der Überzeugung ist, dass der Finanzplan wichtiger ist als der Voranschlag. Denn nur mit Weitsicht und mit dem Finanzplan vor Augen sind Entscheidungen möglich, die die Gemeinde in eine bessere Zukunft führen. Dies gilt für den Voranschlag, aber ebenso für die Frage des „wie weiter“.

Die Zielsetzung ist wahrscheinlich allen klar: Wohlen muss zu einem gesunden Gemeindehaushalt zurückfinden.

Mich haben folgende Fragen interessiert:

- Wie sieht ein gesunder Gemeindehaushalt aus?
- Wie weit muss sich die Rechnung der Gemeinde Wohlen verbessern, um eine solche Zielsetzung zu erreichen?

- Welche Lücke besteht zwischen dieser Zielsetzung und
- dem zurückgewiesenen ursprünglichen Voranschlag/Finanzplan I einerseits und
- dem jetzt vorliegenden revidierten Voranschlag/Finanzplan II andererseits?

Ich stehe mit dem Rechnungswesen für Gemeinden noch auf Kriegsfuss. Mir schien aber die Belastungsquote der beste Massstab zur Beantwortung dieser Fragen. Kollegen in der Finanzkommission und die Gemeindeabteilung des Kantons haben mir dies bestätigt. Die Belastbarkeitsquote sagt aus, wie viele Mittel für den Schuldendienst (Zinsen und Amortisationen) zur Verfügung stehen. Je höher die Belastbarkeitsquote, desto günstiger ist die Finanzlage einer Gemeinde.

Für mich auf den Privatmann übertragen heisst dies etwa: Wie viel bleibt nach Abzug all meiner Ausgaben übrig, um die Zinsen und die Amortisation meiner Hypothek bezahlen zu können?

Der kantonale Richtwert beträgt für die Belastbarkeitsquote 25 %, der kantonale Durchschnittswert von 23 %. Wer diesbezüglich weitere Informationen wünscht, lade ich ein, die Gemeindestatistik 2004 ab Seite 94 zu konsultieren.

Ich habe in einigen Stunden Arbeit eine Analyse und Modellrechnung entwickelt (und beim Kanton auf Plausibilität checken lassen). Diese Analyse zeigt anhand der Belastungsquote

1. die Finanzlücke zwischen
 - o dem ersten Voranschlag/Finanzplan (Var. 2 mit Steuerfuss 105 %) und
 - o dem kantonalen Richtwert von 25 %
2. den Einfluss der vorgeschlagenen Massnahmen (Massnahmenpaket I) im revidierten Voranschlag/Finanzplan
3. modellartig weitere mögliche Massnahmen ab 2008 (Massnahmenpaket II) und ihre Wirkung.

Die Ergebnisse sehen folgendermassen aus:

Die roten Säulen stellen die Finanzlücke für jedes Planjahr dar, und zwar im Vergleich zum zurückgewiesenen Voranschlag/Finanzplan. Um diese Beträge muss sich unsere Rechnung jeweils verbessern, um eine Belastbarkeitsquote von 25 % zu erreichen. Die Finanzlücke ist in den Anfangsjahren 2006-2008 bereits sehr hoch und steigt in den folgenden Jahren auf rund Fr. 11 Mio. Kumulativ über alle Jahre beträgt sie rund CHF 96 Mio.

Kann wirklich erwogen werden, diese Lücken hauptsächlich mit Ausgabenreduktionen zu schliessen? Sind nicht vielmehr Mehrfachmassnahmen, nämlich Mehreinnahmen, Ausgabenreduktionen und Zurückhaltung bei den Investitionen, vor allem aber eine Stärkung der Steuerkraft nötig?

Es liegen ein revidierter Voranschlag und ein Finanzplan vor mit sichtbaren Verbesserungen, und zwar auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite. Die Finanzlücke (wieder der rote Säulenteil) wird aufgrund des Massnahmenpaketes I rund halbiert, bleibt aber immer noch beträchtlich. Weitere Verbesserungen sind also unumgänglich.

Der violette Säulenteil bildet das Massnahmenpaket II ab. Darüber hinaus wird die Wirkung eines Modell-Massnahmenpaketes II dargestellt. Dieser könnte umfassen:

- Verkauf von Dienstleistungen durch die Gemeinde
- Verzicht auf ausgewählte Leistungen
- Reduktion der Ausgaben und
- Anhebung der Steuerkraft ab 2010

Anhebung der Steuerkraft auf kantonalen Durchschnitt muss den grössten Beitrag liefern, in Zahlen ausgedrückt ist das hier CHF 3.8 Mio. im 2015. Diese Folie zeigt mit aller Deutlichkeit, dass auch nach dem Massnahmenpaket I ein Massnahmenpaket II absolut nötig ist. Da manche Massnahmen erst langfristig wirken (Steuerkraft), muss rasch gehandelt werden.

Diese Folie zeigt, wie die kumulative Finanzlücke von rund CHF 96 Mio. mit dem Massnahmenpaket I gemäss dem heute vorliegenden Voranschlag und Finanzplan ganz erheblich auf CHF 54 Mio. reduziert wird.

Ich erwarte natürlich Gegenargumente, z.B.

- ein langfristiger Plan ist viel zu unsicher – er ist unsicher wie jede Planung, als Arbeitsmittel aber unentbehrlich.
- eine Belastungsquote von 25 % ist zu hoch – ist nötig für gesunde Finanzen.
- wenn wir auf den Bifang-Beitrag verzichten, verbessert sich das Bild – ein bisschen -wollen wir einen solchen Verzicht?
- die Ausgaben können um Millionen heruntergefahren werden – auf die Vorschläge bin ich gespannt.
- die Investitionen können weiter reduziert werden – vielleicht.

Unsere Verantwortung gebietet, dass wir nicht nur agieren, sondern sofort agieren, um rasch wenigstens einen Teil der Finanzlücke zu schliessen. Für zeitgerechtes Reagieren ist es heute schon viel zu spät.

Die Mehrheit der Finanzkommission ist darum der absoluten Überzeugung, dass wir dem vorgelegten Voranschlag zustimmen müssen und sie versteht nicht, dass man in dieser Situation eine Steuererhöhung so kategorisch ablehnen kann.

Ich habe mit vielen Einwohnerräten die Steuererhöhung diskutiert. Darunter waren viele, die grundsätzlich und diskussionslos gegen Steuererhöhungen sind. Da ist – auch mit den Resultaten meiner Analyse - wohl nichts zu machen.

Ich werde Sie später – auch als Nichtmehr-Einwohnerrat - an die gezeigten Bilder erinnern. Ich habe aber auch verschiedene Einwohnerräte getroffen, die einerseits meiner Analyse und selbst meinen Folgerungen zustimmen, die andererseits aber eine Steuererhöhung – sozusagen wider besseres Wissen - trotzdem ablehnten.

Begründungen waren etwa

- Parteiprogramm
- Erlahmung des Willens, Ausgaben zu reduzieren
- Befürchtung, der Stimmbürger könnte eine Steuererhöhung ablehnen

und bei einigen auch

- Ärger über den Ablauf der ganzen Budgetierung oder über die Tatsache, dass nicht früher agiert wurde
- aber auch Widerstand gegenüber einer als Erpressung empfundenen Reaktion des Gemeinderates.

Ich will hier keine Wertung vornehmen.

Meine letzten beiden Stichworte sind „Was geschieht in Zukunft“ und „Initiative FIKO“.

Über das weitere Vorgehen nach Verabschiedung des Budgets – ich bete beinahe darum, dass der Steuerfuss 115 % betragen wird – müssen wir heute nicht entscheiden. Die Frage stellt sich aber, „was müssen wir tun, damit sehr rasch weitere Massnahmen an die Hand genommen wer-

den"? Im Bericht finden sich einige Aussagen und Hinweise, die Ihnen allen hoffentlich aufgefallen sind, vor allem etwa

- Der Finanzplan wird als Ausgangspunkt für ein langjähriges und verbindliches Arbeitsprogramm für Gemeinderat und Einwohnerrat bezeichnet.
- „Ein Aktionsprogramm soll nicht nur alle Aktivitätsbereiche und die damit verbundenen Ausgaben der Gemeinde systematisch überprüfen, sondern auch strukturelle Probleme der Gemeinde angehen“.

Entscheidende weitere Stichworte im Bericht sind: Verbindlichkeit, Langfristigkeit, Legislaturprogramm und - nicht erwähnt - Strategie oder strategische Planung. Manche dieser Stichworte finden sich auch in der Gemeindeordnung, in Vorstössen oder Voten von Einwohnerräten, aber auch in früheren Berichten der Finanzkommission.

Meine eigenen Beobachtungen, der Fiko-Bericht zum ursprünglichen Voranschlag, aber auch vielfache Äusserungen von Einwohnerräten aller Parteien zeigen, dass Vorschläge, Anregungen und sogar Aufträge bisher vom Gemeinderat kaum oder nur sehr zögerlich aufgenommen wurden. Andererseits: Ein ernsthaftes und wirkungsvolles Nachhacken des Einwohnerrates scheint in den vergangenen Jahren auch nicht stattgefunden zu haben. Aus dem Bericht der Finanzkommission geht klar hervor, dass zur Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde ein seriöses langfristiges Programm aufzugleisen ist. Ein Versanden dieser Aufforderung kann sich Wohlen nicht leisten.

Kann oder muss die Finanzkommission hierzu einen Beitrag leisten? Ihre Hauptaufgaben sind die Prüfung von Rechnung, Voranschlag, Kreditabrechnungen und allenfalls des Finanzplanes. Ihre Beschlüsse beschränken sich auf Feststellungen, Empfehlungen und Anträge. Sie hat keine materiellen Entscheidungsbefugnisse. Eine Rolle der Finanzkommission in der aktuellen Situation ist meines Wissens nirgends explizit vorgesehen. Trotzdem: Die Finanzkommission ist der Meinung, dass es ihre Pflicht ist, aktiv zu werden. Sie hat für den 8. Januar 2007 einstimmig eine ausserordentliche Sitzung beschlossen, an der überlegt werden soll, wie die Finanzkommission den Anstoss für eine rasche Inangriffnahme der mehrmals erwähnten Massnahmen geben kann.

Wir sind uns bewusst, was das heisst: Zusatzarbeit, schwierige Aufgabe, für uns neuartiges Vorgehen. Wir wissen nicht, welches das Resultat sein wird. Ein Versuch lohnt sich aber. Ich danke Ihnen. Um dieses n

Wyss Martin, SVP: Wir gehen mit der Fiko absolut einig, dass dem Finanzplan momentan absolut übergeordnete Bedeutung zugemessen werden muss. Wir akzeptieren somit auch die vielbesagte Aussage des Gemeinderates, dass es sich beim Finanzplan um das Planungsinstrument schlechthin für unsere Gemeinde handelt.

Umso erschütternder präsentiert sich die Hilf- und Ideenlosigkeit, mit der wir Volksvertreter Gefahr laufen Wohlen vermutlich grounden lassen.

Massnahmen aus dem Finanzplan oder aus dessen näherem Umfeld:

- Steuern hoch auf 115%
- neue Grüngut- und Kanalisationsreglemente
- Parkplatzgebühren
- Landverkäufe
- IBW-Aktienverkäufe und Weiteres mehr steht zur Diskussion

Dazu noch ein bisschen Sparen und zwar so, dass es allen weh tut...Eine Aussage, welche jedoch sehr subjektiv daherkommt

Nur, werden diese Notwehraktionen Wohlen aus dem Finanz- oder besser Verschuldungssumpf führen? Und werden Sie vom Stimmbürger, oder wenigsten von jenem Einwohner, welcher sich zur Urne bewegt, mitgetragen? Wer verkauft mit welchen Argumenten die Notwendigkeit?

Sie können sich bestimmt vorstellen, dass wir unsere Wähler nicht intensiv mobilisieren müssen. Aber vermutlich werden wir es trotzdem tun.

Wo sind innovative Ideen und Visionen, welche uns gegenüber dem Stimmvolk von strategischen, weil zeitlich beschränkten Mehrbelastungen sprechen lassen? Wo ist ein Turnaround dieser bedenklichen Entwicklung zu erkennen? Wo ist die Erkenntnis, dass wir nach den unvermeidlichen Ausgaben und nicht nach wünschenswerten Einkünften haushalten müssen? Wo signalisieren unsere Finanzstrategen, dass sie vor der Ist-Situation nicht resigniert haben? Warum kommen aus der nebenamtlichen Fiko in ihrem Bericht und Antrag (unter Punkt 5, wie Sie gehört haben) Projektideen, welche vom Gemeinderat noch nie auf Papier dokumentiert wurden? Oder anders gefragt, wieso wird der Einwohnerrat nicht kollegialer in der längerfristigen Strategie des Gemeinderates eingebunden?

Glauben Sie uns: Auch wir wollen Verantwortung gegenüber unserer Gemeinde und den Einwohner übernehmen. Aus diesem Grunde nehmen wir diesen Finanzplan ablehnend zur Kenntnis und verfolgen unsere Strategie zur Bekämpfung jeglicher langfristiger Mehrbelastung des Bürgers weiterhin mit all unseren Kräften. Den Beweis, dass wir damit falsch liegen, ist erst noch anzutreten.

Donat Rudolf, CVP: Aus Sicht unserer Fraktion begrüssen wir die Auflistung der Finanzlage auf längere Sicht. Ebenfalls begrüssen wir, dass sämtliche grössere und heute bekannte Investitionen berücksichtigt werden. Leider müssen wir auch feststellen, dass die Belastbarkeitsquote von kantonal empfohlenen 25 % nur zu einem Drittel erreicht wird. Dies trotz eines hohen Steuerfusses von 115 %. Aus längerer Sicht darf die Differenz unseres Steuerfusses zu den Nachbargemeinden nicht zu gross werden. Wir können es in nächster Zeit nicht vermeiden, über verschiedene Massnahmen zu diskutieren, um unsere strukturellen Probleme lösen zu können. Im sehr guten Bericht der Fiko wird unter Punkt 5 aufgezeigt, wie diese Probleme anzugehen sind. Einmalige Aktionen wie Verkauf von Aktien, lösen unser zentrales Problem nicht.

Meier Regula, FDP: Grundsätzlich bedanken wir uns beim Gemeinderat und der Finanzverwaltung für das Vorlegen des Finanzplans. Die Fraktion der FDP erachtet nämlich den Finanzplan als wichtiges Planungsinstrument, welches sowohl der Exekutive wie auch der Legislative die Meilensteine aufzeigen soll. Dieser Finanzplan zeigt auf, dass wir uns die geplanten Ausgaben eigentlich gar nicht leisten können. Es wird auch ersichtlich, dass mit einer geplanten Steuererhöhung die geplanten Ausgaben nicht mehr zu decken sind. Aus diesem Finanzplan ist ersichtlich, dass auf längere Zeit nur die notdürftigsten und minimalsten Verpflichtungen wahrzunehmen sind. Mit diesen Vorgaben wird erkennbar, dass wir nicht mehr an uns glauben. Gewisse Visionen und Strategien einer Zentrumsgemeinde, die bis jetzt in gewissen Ansätzen noch wahrnehmbar waren, werden total ins Abseits gedrängt. Von strategischem Weitblick, dieser hat die FDP immer wieder gefordert, ist absolut nicht die Rede. Es ist nicht ersichtlich, wo der Gemeinderat die gewachsenen Strukturen aufbrechen möchte, um nachhaltig und für Wohlen zukunftsweisende Veränderungen umzusetzen. Die FDP ist überzeugt, dass der auf so lange Zeit geplante Steuerfuss von 115 % eine Entwicklung verhindert. Aus dem Finanzplan soll klar ersichtlich werden, dass es Bemühungen gibt, den Steuerfuss zu senken. Für uns ist klar, dass künftige Neuinvestitionen nur noch mit eventuell zusätzlichen Steuerprozenten verknüpft sein sollen. So wird dem Stimmvolk klar aufgezeigt, dass die Zeiten der Versprechungen, es gäbe keine Steuererhöhung, vorbei sind.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion Freis Wohle und EVP nehmen den überarbeiteten Finanzplan zur Kenntnis. Wir begrüßen, dass der Bericht bis ins Jahr 2015 ausgerichtet wurde. Das hilft uns, Strategien für die Zukunft festzulegen. Wir danken dem Präsidenten der Fiko, Guido Benz, für seine wertvolle Analyse. Der überarbeitete Finanzplan zeichnet trotz Einsparungen und Steuerfusserhöhung noch immer ein sehr düsteres Bild. Wir sind der Auffassung, dass dieses Bild dringend verbessert werden muss. Die deutlichste Verbesserung würde eine gezielte Erhöhung der Steuerkraft bringen. Die Steuerkraft in Wohlen ist – verglichen mit anderen Zentrumsge- meinden – sehr tief. Der Gemeinderat sollte dringend eine Strategie entwerfen, wie die Steuer- kraft erhöht werden kann. Welche Faktoren machen Wohlen attraktiv? Walter Dubler hat in sei- nem Eingangsreferat einige genannt. Basierend auf Analysen, Erhebungen und klaren Fakten muss die Strategie unterteilt in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele angepackt wer- den. Die Lösung ist nicht einfach, sondern komplex und vielschichtig. Es braucht viele Mass- nahmen, die gut aufeinander abgestimmt sind. Wir appellieren hiermit an den Gemeinderat, sich dieser Aufgabe zu stellen und eine Strategie für Wohlen zu entwickeln.

Perroud Arsène, SP: Dass der Finanzplan mit all seinen Überarbeitungen erst heute zur Diskussi- on steht, finden wir sehr ungeschickt. Der Finanzplan hätte das wichtigste Instrument sein sollen für den Gemeinderat, um die Weichen zu stellen und der Einwohnerrat hätte mitdiskutieren können, anstelle über ein Flickwerk des vorliegenden Budgets beraten zu müssen. Wir sind grundsätzlich erfreut, dass der Gemeinderat endlich die Überarbeitung von Strassenreglement, Gebührenreglement, Grüngutabfuhr in seiner Agenda aufgenommen hat. Auch die Erhöhung des Steuerfusses ist nach unserer Ansicht seit 3 Jahren bitter nötig. Nach der Abstimmung über das Steuergesetz vom kommenden Wochenende werden wir die Mehreinnahmen gleich wieder abschreiben können. Der überarbeitete Finanzplan hat unsere Fraktion etwas beruhigt. Wir sind jetzt durch die geplante Steuerfusserhöhung erst im Jahr 2015 vollständig bankrott, nicht schon im Jahr 2010. Das sind doch rosige Aussichten. Wir sind der Meinung, dass wir jeden Franken, den wir heute zahlen, später nicht verzinsen müssen. Ernüchternd haben wir festgestellt, dass dringend notwendige und vielgewünschte Sanierungen nicht mehr vor dem Jahr 2011 geplant sind. Wir sind der Meinung, dass sich die Gemeinde Wohlen dies nicht erlauben kann. Diese Anla- gen machen ein Dorf attraktiv und lebenswert. Der vorgelegte Finanzplan zeigt uns, dass der Gemeinderat Wohlen die Entwicklung von Wohlen verfolgt, diese aber nicht klar kommuniziert. Durch die knappen finanziellen Ressourcen ist sehr wenig Handlungsspielraum vorhanden und erfordert vielmehr Geduld und Kreativität bei den Lösungen. Es dünkt uns, dass in Wohlen alle inhaltlichen Entscheide nur über die Finanzen diskutiert und gesteuert werden. Das ist unserer Ansicht nach der völlig falsche Ansatz. Gleich umgekehrt müsste es sein und viel Hickhack um wenige Franken würde uns erspart bleiben. Unsere Fraktion ist bereit, alle wichtigen Fragestel- lungen zu diskutieren und wartet gespannt auf die Legislaturziele vom Gemeinderat und auf die Einsetzung der Strategiekommission. Die Fraktion SP und Eusi Lüt & Grüne nimmt den Finanz- plan dankend zur Kenntnis.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wo wir gelandet wären, wenn wir letztes Mal dem Budget zugestimmt hätten. Ich weiss es nicht, es wäre wohl eine Ka- tastrophe geworden. Zum Finanzplan möchte ich nicht nur platzen, dass es tatsächlich in den nächsten paar Jahren nicht viele Punkte hat, die beeinflusst oder gestrichen werden könnten. Es hat aber zwei wesentliche Punkte für mich. Zum einen ist dies die Finanzierung des Alters- und Pflegeheimes Bifang. Ich habe Mühe damit, über einen Beitrag zu sprechen, von welchem wir die Finanzierung nicht kennen. Wir können diesen auch gar nicht beeinflussen, wie z.B. denjeni- gen des Sportzentrums Niedermatten. Ebenso hat es Sparpotenzial im Tiefbaubereich. Ich bitte Sie, unsere Aufgabe wahrzunehmen und den Finanzplan entsprechend zu begleiten und an ei- nigen Orten zu sparen.

Detailberatung Finanzplan

Spengler Albert, Dorfteil Anglikon: Zur Schwimmbadsanierung, Seite 12: Die Schwimmbadsanierung rückt weit nach hinten. Im Jahr 2001 wurde der Bericht und Antrag zur Sanierung des Schwimmbades vorgelegt. 10 Jahre später, nämlich 2011, sind im Finanzplan Fr. 3.5 Mio. budgetiert. Ich habe vernommen, dass die Schwimmbadküche ab 2006 geschlossen wird. Ist das so?

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Küche wird 2006 nicht geschlossen.

Der Finanzplan 2006 – 2010 wird durch den Einwohnerrat zur Kenntnisnahme genommen.

42

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Voranschlag 2007 – 2. Vorlage

Benz Guido, Präsident Finanzkommission: Der Gemeinderat hat den Voranschlag wie vorgeschlagen überarbeitet und präsentiert eine deutliche Ergebnisverbesserung von CHF 3'532'700. Diese wird erreicht durch

- eine Ausgabenreduktion von CHF 877'700
- Mehreinnahmen von CHF 150'000 (Bussen, Bilderverkauf und Erbschafts-/Schenkungssteuer von je CHF 50'000) sowie
- höhere Steuereinnahmen (Steuerfusserhöhung von 10 %) von CHF 2'505'000.

Unter Berücksichtigung des geforderten Einbezuges der voraussichtlichen Steuerausfälle aus der Steuergesetzrevision von CHF 1'021'000 ergibt sich ein Einnahmenüberschuss von CHF 2'502'800.

Die Finanzkommission hat Mindestvoraussetzungen für eine Zustimmung zum Budget formuliert, die in Zahlen ausgedrückt lauteten:

1. Positives Ergebnis
2. Kompensation der errechneten Steuerausfälle von CHF 1'021'000
3. Eigenfinanzierung von mindestens 20 % der vorgesehenen Investitionen von CHF 7'792'000, was eine Belastungsquote von mindestens CHF 1'558'000 erfordert.

Die beiden ersten Voraussetzungen (kein Aufwandüberschuss und Kompensation der errechneten Steuerausfälle von CHF 1'021'000) sind mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 2'502'800 offensichtlich klar erfüllt.

Mit Investitionen von CHF 7'792'000 und einem Einnahmenüberschuss von CHF 2'502'800 wird eine Eigenfinanzierungsquote von 32 % erreicht. Auch diese dritte Bedingung ist also deutlich erfüllt.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat deshalb mit 5 gegen 2 Stimmen: Genehmigung des Voranschlages 2007 revidiert der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 115%.

Zum Abschluss meines Votums möchte ich Ihnen allen nochmals meine Ausführungen zum Finanzplan in Erinnerung rufen. Ich bitte Sie, Ihre Entscheide beim Steuerfuss wie bei den Ausgabenreduktionen immer mit diesem Bild vor Augen zu fällen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Bisherige Politik des Gemeinderates war es, keinen Leistungsabbau zu betreiben. Die Infrastruktur der Gemeinde soll zudem kontinuierlich verbessert werden. Zudem wollten wir die Behandlung des Steuergesetzes durch den Grossen Rat abwarten.

Aufgrund der Rückweisung und der Diskussion im Einwohnerrat hat der Gemeinderat eine neue Lagebeurteilung vorgenommen. Dabei wurden die Anliegen des Einwohnerrates sehr ernst genommen. Unter dem Motto „*Betroffene zu Beteiligten*“ machen, wurden alle Budgetverantwortlichen eingeladen, Kürzungsvorschläge zu unterbreiten. Zudem strebt der Gemeinderat eine „*Opfersymmetrie*“ an, d.h. Ausgabenkürzungen, Leistungsabbau, Mehreinnahmen.

Bei der Bearbeitung des Voranschlages 2007 wurde parallel der Finanzplan überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Die dem Bericht der Finanzkommission beigelegte Kennzahlenberechnung der BDO Visura zeigt, dass die Finanzlage aufgrund des 2. Voranschlages gut ist. Problematisch sind – wie beim Finanzplan ausgeführt – die Zukunftsaussichten.

Ein heikler Punkt des überarbeiteten Voranschlages ist die Besoldung des Personals. Gemäss dem neuen Personalreglement legt der Einwohnerrat im Rahmen des Voranschlages die für das folgende Jahr vorgesehene Gehaltsanpassung fest. Im Personalreglement ist festgehalten, dass sich die Gehaltsanpassung aus einem generellen und einem individuellen, leistungsbezogenen Anteil zusammensetzt. Der generelle Anteil berücksichtigt folgende Kriterien:

- Entwicklung der Lebensunterhaltskosten
- Allgemeine wirtschaftliche Situation
- Regionale Arbeitsmarktlage

Der Kanton sieht folgendes vor: Erhöhung Löhne + 2 %; Bereinigung Lohnstruktur: 1 %, d.h. total plus 3 %. Es wurden verschiedene Vergleiche angestellt. Eine Umfrage bei verschiedenen grösseren Aargauer Gemeinden zeigte, dass für 2007 Anpassungen zwischen 1,5 % und 2,5 % geplant sind. Im vorliegenden 2. Voranschlag wurde die Lohnanpassung von 1,2 % auf 0,6 % halbiert. Diese Vergleiche zeigen, dass die Erhöhung der gesamten Lohnsumme in Wohlens unterdurchschnittlich ist. Mit solchen „Kürzungs-Übungen“ gilt es künftig zurückhaltend zu sein. Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir früher oder später gutes Personal verlieren.

Der Gemeinderat kann Ihnen versichern, dass die Überarbeitung des Voranschlages wegen dem Zeitdruck qualitativ nicht gelitten hat. Wir kennen die Budgetpositionen. Letztlich musste der Gemeinderat entscheiden, wo und in welchem Ausmass Kürzungen und Leistungsabbau vorgenommen werden soll. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es für jede Kürzung einen guten Grund gibt, diese nicht zu machen. Mit dem gewählten Weg wollen wir aber Mittel erarbeiten, welche für die Finanzierung von Investitionen nötig sind. Nur so lässt sich der Schuldenanstieg in Grenzen halten.

Wir nahmen den Einwohnerrat beim Wort und haben konsequent gehandelt. Wir bitten Sie jetzt mitzuziehen.

Unter den Streichungen hat es Positionen, welche gering sind. Wir liessen uns von der Überlegung leiten, dass Zahlungen ausserhalb Wohlens, welche nicht unbedingt geleistet werden

müssen, gestrichen werden. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Voranschlag mit einem Steuerfuss von 115 % zuzustimmen.

Abschliessend danke ich in Namen des Gemeinderates der Finanzkommission für die konstruktive Zusammenarbeit.

Perroud Arsène, SP: Bravo, liebe Gemeinderatsmitglieder. Sie haben genau das aus dem Budget gemacht, was von Ihnen verlangt wurde. Auf der einen Seite wurde etwas gespart oder zumindest Ausgaben nach hinten geschoben, auf der anderen Seite haben Sie Mehreinnahmen vorgesehen. Es ist eine möglichst hohe Opfersymmetrie angestrebt worden, was im Grundsatz zu begrüssen ist, leider aber im Naturschutz vollkommen vergessen wurde. Man könnte meinen, der überarbeitete Voranschlag wäre ein Konsenswerk. Wir würden das Budget trotzdem am liebsten direkt zurückweisen. Dies aus folgenden Gründen: 1. Die Einsparungen beim Personal sind eine absolute Frechheit. Es ist uns ein Rätsel, warum Leistung, z.B. von einem Hauswart der Gemeinde Wohlen, nicht mehr entsprechend honoriert werden soll. Die Angestellten der Gemeinde Wohlen arbeiten gut. Verschiedene Aussagen haben dies bestätigt, dass sie ihre Leistungen sehr effizient und effektiv erbringen. Die Löhne quasi einzufrieren, ist ein Affront gegenüber allen, die sich für die Gemeinde Wohlen einsetzen. Es kommt hinzu, dass die Gemeinde Wohlen vor noch nicht allzu langer Zeit ein leistungsorientiertes Personalreglement eingeführt hat. Wichtigstes Element ist die Leistung, die entsprechend honoriert werden soll. Dabei mussten die Angestellten viele Opfer erbringen. Es ist nicht angebracht, nochmals Opfer zu verlangen und dem Gemeinderat Instrumente für eine zukunftsgerichtete Personalpolitik zu entziehen. Bereits letztes Jahr musste das Personal eine Nullrunde in Kauf nehmen. Dieses Mal wird es wegen der Teuerung gar ein Reallohnverlust sein. 2. Der bauliche Unterhalt zu verschieben, ist unserer Meinung nach ganz und gar keine Einsparung. Das können Sie ein, zwei Mal machen, dann werden Kosten anfallen. Einzig, wenn das Budget 2007 isoliert betrachtet wird, werden Einsparungen gemacht. Aber wir alle zusammen rühmen uns, wie wir den totalen Überblick haben. Doch dann müssen wir sagen: Es ist ein Unsinn, diese Einsparungen vorzunehmen. 3. Es wird doch tatsächlich vorgegaukelt, dass wir mit Einsparungen von einigen hundert Franken unseren Haushalt sanieren können. Diese Einsparungen helfen uns aber nicht wesentlich weiter. Andererseits schaden sie aber den kleinen und kleineren Institutionen. Ist es nicht peinlich, wenn eine Gemeinde keine Jungbürgerfeier mehr machen kann, der Pro Senectute keine Fr. 1'000 mehr geben kann und nicht einmal mehr die Bevölkerung zu einer Bratwurst einladen kann? Die Einsparungen sind in unseren Augen völlig verfehlt und machen ganz und gar keinen Sinn. Aber auch wir Sozialisten unterstützen Kürzungen in der Höhe von Fr. 300'000. Wir sind sehr wohl bereit, über Kürzungen und Einsparungen zu diskutieren, wenn endlich die Realität erkannt wird, dass Mehreinnahmen her müssen. Es ist schön, dass der Gemeinderat den Schritt gemacht hat, die bitter nötige Steuererhöhung zu fordern. Das ist der richtige Weg. Auch in einem Unternehmen muss man mal etwas investieren, um überleben zu können. Leistungen kosten etwas. Und wir alle fordern Leistungen: Badi, Bibliothek, Park im Wert von CHF 2.5 Mio., Ortsbus, schnelle Feuerwehr und schnelle Baubewilligung. Dazu müssen wir aber auch bereit sein, einen Batzen aufzuwerfen. Es ist verantwortungslos und verlogen, wenn nur Kürzungen gefordert werden, aber die Verantwortung nicht übernommen wird, wenn mal etwas nicht klappt. Wenn heute Abend jemand hier behauptet, dass die Gemeinde Wohlen ohne Steuerfusserhöhung oder gar mit einer Senkung längerfristig einigermaßen gesund überleben kann, der soll doch bitte heute Abend wirkliche und nachhaltige Einsparungen aufzeigen. Alles andere zeugt von Inkompetenz, Verantwortungslosigkeit und von einem ideologischen Teufelsritt. Wir unterstützen die Steuerfusserhöhung auf 115 %. Dies zeigt in die richtige Richtung. Die Fraktion Eusi Lüt & Grüne wird bei der Detailberatung einige Änderungsanträge vorbringen und dem überarbeiteten Voranschlag 2007 somit höchstwahrscheinlich zustimmen können. Obwohl das Budget 2007 ein Flickwerk ist, ein Flickwerk entstanden aus verschiedenen Ansprüchen und Forderungen, die teilweise völlig realitätsfremd sind. Es ist ein Produkt unserer eigenen Unfähigkeit, miteinander Lösungen zu erarbeiten und auch nur ein bisschen Respekt, Toleranz und Offenheit dem Gegenüber zu zeigen.

Stäger Martina, SVP: Der Einwohnerrat wies das Budget 2007 an unserer letzten Sitzung vom 16. Oktober 2006 an den Gemeinderat zurück. Der Gemeinderat hat daraufhin – obwohl er stets behauptete, die Zitrone sei ausgepresst – Kürzungen von Fr. 877'000 vorgenommen, dies entspricht 3 Steuerfussprozenten. Hinzu kommen Mehreinnahmen von Fr. 150'000. Die SVP kann sich mit den Kürzungen abfinden, obwohl man merkt, dass der Gemeinderat in der Disziplin Kostensenken noch unerfahren ist. Hat er doch vor allem beim baulichen Unterhalt gespart, was lediglich aufgeschobener Aufwand bedeutet; die übrigen Einsparungen erachten wir zum Teil als richtig (z. B. Kürzung der Repräsentationskosten um Fr. 20'000) und zum Teil als Provokation, können aber trotzdem damit leben (Beispiel: Streichen von symbolischen Kleinstbeträgen wie Beitrag an die Blindenfürsorge oder Nachtessen einer einzelnen Kommission). Einzig von der Kürzung des Gemeindebeitrages an das Skilager der Schüler ab 2008 distanzieren wir uns sowie von den Mehreinnahmen bei den Bussen von Fr. 50'000. Es ist offensichtlich, dass es hier nicht um die Sicherheit im Strassenverkehr geht, sondern nur um die Mehreinnahmen. Die Tatsache, dass der Gemeinderat schon im Jahr 2003 genau das Gleiche machte, als das Budget mit einem Steuerfuss von 110 % abgelehnt wurde, bestätigt dies. Mit Freude haben wir aber festgestellt, dass es dem Gemeinderat nun endlich möglich war, Kürzungen im Voranschlag vorzunehmen und im Gemeinderat wie auch im Gemeindehaus durchzusetzen.

Wir erlauben uns folgende Hinweise:

- Aus öffentlichen Äusserungen eines Verwaltungsratsmitgliedes der IB Wohlen AG im Wohler Anzeiger ist bekannt, dass die IB Wohlen AG vermutlich wesentlich weniger Dividende generieren wird und somit die budgetierte Ausschüttung von Fr. 480'000 in Frage gestellt werden muss. Der Gemeinderat und der Verwaltungsratspräsident der IB Wohlen AG werden gebeten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.
- Die Revision des Bauzonenplanes wird schon im Jahr 2007 mehr kosten als die budgetierten Fr. 30'000, jedenfalls wenn der Gemeinderat den Bauzonenplan seriös und ernsthaft revidieren will: Wir verweisen auf die Anfrage der FDP-Fraktion, die das Thema der Vergabesumme und der fehlenden öffentlichen Ausschreibung zu Recht thematisiert.
- Die Fr. 60'000 für den sicheren Betrieb der Badi sind noch nicht budgetiert.
- Der Gemeinderat hat im Gespräch zwischen Gesamtgemeinderat und Fiko zugesichert, dass die Fr. 877'000 Einsparungen in den folgenden Jahre beibehalten werden, d. h. einmalige Ausgaben, die nur im 2007 gespart werden können, werden 2008 und in den Folgejahren woanders eingespart.

Zum Steuerfuss: Die SVP ist enttäuscht, dass der Gemeinderat keine bessere Idee hat, als den Steuerfuss zu erhöhen und daneben noch an der Gebührenschraube drehen will (siehe Finanzplan). Denn selbst mit diesen Massnahmen sieht die finanzielle Zukunft für Wohlen noch düster aus. Es ist keine klare Strategie zu erkennen (z. B. dass wir den Steuerfuss nun erhöhen müssen, ihn dann aber im Jahr X wenigstens wieder senken könnten). Mit einem Steuerfuss von 115 % sind nun für 2007 Mehreinnahmen von Fr. 2.5 Mio. budgetiert, somit geht jeglicher Spardruck verloren, es reicht für den Moment wieder und Gemeinderat und Einwohnerrat können sich gestrost wieder zurücklehnen. Wozu brauchen wir eigentlich einen Überschuss von Fr. 2.5 Mio.? Wer hat das vom Gemeinderat verlangt? Die Fiko jedenfalls nicht.

Die SVP hat seit Jahren davor gewarnt, eine Hochsteuerpolitik zu verfolgen. Diese ist nun gescheitert: Jetzt dürfen wir aber nicht die gleichen Fehler wieder machen und die Hochsteuerpolitik einfach durch eine Höchststeuerpolitik ersetzen. Das wird Wohlen in den kompletten Ruin führen. Natürlich hören Sie das jetzt nicht gerne, wir sagen es auch nicht gerne. Was wir brauchen, ist ein Sanierungskonzept. Leider fehlt ein solches auch im neuen Finanzplan.

Der Gemeinderat betonte immer, dass wir mit 105 % unter dem Kantonsmittel liegen. Obwohl dem so ist, hat Wohlen eine sich ständig verringernde Pro-Kopf-Steuerkraft. Die anderen Gemeinden um uns herum (Muri, Eggenwil, Rottenschwil, letztes Jahr Waltenschwil, einige Mutschellen-Gemeinden), alle senken den Steuerfuss. Das Gegenteil, nämlich die Steuern erhöhen, tun nur Wohlen und Oftringen. Was eine so massive Steuererhöhung um 10 % für Folgen für die Steuerkraft hat, kann sich jeder Einzelne selber ausmalen. Niemand behauptet, dass der Steuerfuss das einzige Kriterium bei der Auswahl des Wohnsitzes ist. Aber für gute oder auch nur mittlere Steuerzahler, die Wohlen so dringend gebrauchen könnte, stellt sich diese Frage durchaus. Das Problem, dass der Kanton Aargau für Unternehmen zu teuer ist, sollte nun mit der Abstimmung vom 26. November 2006 aus der Welt geschafft werden.

Die Gemeindeabteilung hat dem 1. Budget mit einem Steuerfuss von 105 % zugestimmt. Den Brief hat uns Gemeindeammann Dubler an der letzten Einwohnerratssitzung vom 16. Oktober 2006 vorgelesen. Nun hat der Gemeinderat im 2. Budget den Aufwand um über Fr. 800'000.00 gekürzt, was 3 Steuerfussprozenten entspricht, und Mehreinnahmen von Fr. 150'000.00 budgetiert. Setzen wir nun ein Zeichen und senken den Steuerfuss um die eingesparten 3 % auf 102 %. Zusammen mit weiteren Kürzungen, die Ihnen die SVP heute Abend vorschlagen wird, können wir sogar noch die Folgen der Annahme der Steuergesetzrevision abfangen.

Die Chancen, dass das Volk der massiven Erhöhung um 10 % zustimmt, dürften gering sein. Was passiert dann? Der Regierungsrat greift ein und setzt den Steuerfuss fest, wie er dies auch schon 1993 gemacht hat. Wollen wir das? Wir möchten doch schliesslich autonom sein und unseren Finanzhaushalt selber bestimmen. Eine Ersatzvornahme durch den Regierungsrat wäre ein schlechtes Zeichen.

Unsere Kürzungsanträge werden wir nachher stellen. Vorerst stellen wir Ihnen grossmehrheitlich den Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 3 % auf 102 %.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion Freis Wohle & EVP begrüsst den Sparwillen des Gemeinderates im überarbeiteten Budget 2007. Wir sind aber überzeugt, dass noch zusätzliches Sparpotenzial vorhanden ist. Im Laufe der Detailberatung werden wir Ihnen deshalb weitere Sparvorschläge unterbreiten. Keine Einigkeit hat die Fraktion bei der Frage der Steuerfusserhöhung um 10 % erzielen können. Grundsätzlich haben wir grosse Mühe damit, dass die Gemeinde Wohlen in eine derart besorgniserregende Lage kommen konnte. Der überarbeitete Finanzplan zeichnet trotz Einsparungen und Steuerfusserhöhungen immer noch ein sehr düsteres Bild. Ohne Vision fällt es uns aber schwer, einer Steuerfusserhöhung zuzustimmen. Künftig müssen nicht nur das Budget, sondern auch die Investitionen kritisch durchleuchtet und hinterfragt werden. Ich spreche hier z.B. das Projekt Sanierung des Alters- und Pflegeheimes Bifang in der Höhe von Fr. 20 Mio. an. Wollen wir einem Projekt zustimmen, zu welchem die Gemeinde bis jetzt noch nichts zu sagen hatte? Wäre nicht eine Instandhaltung dieser wichtigen Bauten mit weniger Mitteln möglich? Führen solche Luxusrenovationen nicht letztlich dazu, dass die Bewohner eine höhere Tagespauschale bezahlen müssen? Schliesslich sind es nämlich diese Investitionsentscheide, welche uns den Steuerfuss vorgeben werden. Die Fraktion EVP und Freis Wohle setzt sich heute und auch in Zukunft für ein attraktives Wohlen ein, das die Ressourcen massvoll und gezielt einsetzt. Wir wollen damit unseren Beitrag an eine nachhaltige Entwicklung von Wohlen leisten.

Meier Regula, FDP: Im Bericht und Antrag 11021 auf Seite 2 werden die Budgetveränderungen aufgezeigt. Durch Ausgabenkürzungen und v.a. Leistungsabbau werden die Ausgaben um Fr. 877'000 reduziert. Im Gegenzug werden aber nur Fr. 150'000 Mehreinnahmen generiert. Unserer Meinung nach war man nicht bereit, sich gewisse Fragen zu stellen. Es wird zwar von einer Opfersymmetrie gesprochen. Irgendwie ist für uns 1. wenig Symmetrie vorhanden und 2. wenig echte Innovation ersichtlich. So scheint uns der Abbau des Seniorenwaldumgangs keine echte Alternative. Ideen wie z.B. Überprüfung und Anpassung von Reglementen, Anpassung und

Überprüfung von Verträgen mit Nachbargemeinden, Stellenplanüberprüfung, finanzielle Beiträge an unsere Zentrumsfunktion, werden in diesem Budget nicht einmal in Betracht gezogen. Die Aufwendungen wachsen Jahr für Jahr ungebremst. Ein typisches Beispiel sind die Personalkosten. Hier sind ernsthafte Überlegungen betreffend Stellenplan bzw. der Organisation und Abläufe zu überdenken und die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Wir empfehlen dem Gemeinderat dringend eine notwendige Reorganisation und somit die angestrebten Strukturveränderungen durch eine Drittfirma aufzeigen zu lassen. Wir erhoffen uns dadurch, dass es zum Wohl von Wohlen, der Gemeinde und ihrer Bürger eine Richtungsänderung gibt. Der FDP, die eine bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Partei ist, ist der Steuerfuss unserer Gemeinde nicht gleichgültig. Wir weisen nochmals darauf hin, dass den Steuerzahlern im Vorfeld der realisierten und noch in Arbeit befindenden Grossprojekten kommuniziert wurde „Wir schaffen das ohne Steuerfusserhöhung.“ Unter diesen Voraussetzungen hat der Souverän gewisse Projekte auch gutgeheissen. Gleichzeitig stehen Themen wie Badi, Ausfinanzierung APK, Sanierung Bifang etc. bereits im Raum. Die dadurch neu entstehenden finanziellen Belastungen unserer Gemeinde sind zuwenig wahrgenommen worden. Nun soll nachträglich ohne strukturelle Veränderungen nur via Steuerfusserhöhung und Leistungsabbau dieser finanzielle Missstand behoben werden. Die Massnahme der Steuerfusserhöhung können wir als FDP nicht unterstützen. Für uns steht fest, dass andere finanzielle Einnahmequellen, z.B. Grüngutabfuhr, zu befürworten sind. Verknüpfungen von Neuprojekten mit eventuellen Steuerfusserhöhungen können nicht mehr umgangen werden. Die Fraktion der FDP wird die vorgeschlagenen Sparmassnahmen mehrheitlich unterstützen. Wir werden aber einer Steuererhöhung nicht zustimmen. Aus diesem Grund stellen wir grossmehrheitlich folgenden Antrag: Der Steuerfuss ist auf 105 % zu belassen.

Donat Rudolf, CVP: Der Gemeinderat hat dem Willen der Fiko und des Einwohnerrates nachgelebt. Das neue Budget schliesst mit einem positiven Ergebnis ab. Die Ausgabenreduktion von Fr. 877'000 wird von uns als gut beurteilt.

Auf der Einnahmenseite mit Fr. 150'000 ist kurzfristig das Optimum herausgeholt worden. Auf dieser Seite muss für 2008 noch mehr gemacht werden. 1. Priorität hat für uns das Gebührenreglement, das nächstes Jahr unbedingt überarbeitet werden muss. Wir erwarten auch, dass an alle Abteilungen Zielvorgaben gemacht werden; sei es für die Rechnung oder für das nächste Budget. Jeder Ausgabenposten muss geprüft werden. In nächster Zeit wird dies unser ständiger Auftrag sein.

Wenn nicht zu viele Änderungen gemacht werden, werden wir dem Budget mit einer Steuerfusserhöhung von 10 % zustimmen.

Bächer Andy, CVP: Ich möchte ein paar persönliche Anmerkungen zum revidierten Budget 2007 machen.

Seit einigen Jahren wird immer wieder auf unsere schlechte Finanzlage hingewiesen. Die CVP-CSP, junge CVP hat am 19.04.2002 eine Motion betreffend Einführung einer Dauerparkiergebühr eingereicht, ohne Bearbeitung bis heute. Von den Hauswarten und dem Schulsekretariat wird seit Jahren der Hinweis gemacht, eine Änderung des Benützungs- und Gebührenreglementes in Angriff zu nehmen. Ein Modell liegt bereits vor, auch das würde Mehreinnahmen und einen kleinen Beitrag zu einer Entlastung mit sich bringen.

Da unsere finanzielle Lage so schlecht ist, wird beim Personal eine nicht überrissene Erhöhung der Lohnsumme von 1.2 % um 50 % gekürzt. Geschätzte Damen und Herren, unser Personal trägt mit den jetzt dann folgenden Budgetkürzungen schon einiges zu einer Verbesserung des Ergebnisses bei und in den unteren Lohnbändern zählt unser Personal auch nicht zu den Grossverdienern. Bei einem besseren Rechnungsabschluss wurde die Summe auch noch nie um 50 % erhöht.

Der Sparhebel wurde bei vielen kleinen und kleinsten Budgetposten angesetzt, viele soziale Institutionen sind betroffen, das ist eigentlich schade. Unsere Fraktion wird einen Antrag auf Verzicht der Streichung von Fr. 6000 zugunsten der Integra stellen. Als Standortgemeinde können wir es uns nicht leisten, den Pauschalbeitrag von Fr. 200 pro betreuten Wohler Bürger zu streichen. Wir möchten auch die Jungbürgerfeier nicht aus dem Budget gestrichen haben. Die Jugend ist unsere Zukunft. Dieser Anlass kann dazu dienen bei den Jugendlichen das Interesse an der politischen Arbeit zu wecken.

Ich werde ebenfalls keiner zusätzlichen Streichung zu Ungunsten eines Wohler Vereins oder der Schule zustimmen. Vereine leisten Jugendarbeit und Integrationsarbeit an vorderster Front und das meistens noch im Ehrenamt. Ich möchte Ihnen ein Beispiel anhand des FC Wohlen geben: pro Jahr werden gut 2300 Einheiten organisiert und betreut durchgeführt. Auf die 1. Mannschaft entfallen lediglich 16 % und auf die Aktiven(2. Mannschaft, Senioren, Damen) 20 %. Die restlichen 64 % werden durch die Juniorenabteilung belegt. Für jede Einheit wird der Einsatz der benötigten Ressourcen geplant: Platz, Garderobe, Dusche, Trainer, Co-Trainer, Trainingsgeräte, sowie den Unterhalt und die Reinigung. Der FC Wohlen bewegt sich absolut an der Kapazitätsgrenze in Bezug auf Mitglieder und Infrastruktur aber auch betreffend Finanzierungsmöglichkeiten.

Weiter wird beim Unterhalt der Liegenschaften gekürzt, was zwar nachvollziehbar ist, jedoch langfristig keine Lösung bringt. Da ich auch noch keine bessere Lösung bieten kann, werde ich beim Unterhalt der Strassenbeleuchtung und beim Strombezug für die Strassenbeleuchtung je einen weiteren Antrag einreichen.

Ich bitte den Gemeinderat weiter, das Vorgehen bei den Globalbudgets zu überdenken. Es muss ein wirklicher Anreiz geschaffen werden um zu sparen. Beträge des Globalbudgets, die durch gutes Wirtschaften unterschritten werden, sollten in die Rechnung zurückfliessen können, ohne dass im nächsten Jahr das Budget zum Vornherein gekürzt wird. Ansonsten werden die Budgets bis auf den letzten Franken ausgeschöpft.

Wenn wir aber wirklich Sparen wollen, müssen substantielle Einsparungen erzielt werden, oder die Steuern erhöht werden. Das Erste war in einer solch kurzen Zeit nicht möglich. Somit müssen wir möglichst schnell darüber sprechen, wo das überhaupt realisierbar ist. Ich bitte den Gemeinderat auch unattraktive Möglichkeiten aufzuzeigen(z. B. Reduzierung des Beitrages an das Bifang, Abschaffung des Ortsbusses, Reduzierung oder Neuorganisation der Schulpflege, Verkauf von Land, Schliessungen von Gemeindeinstitutionen, Personalabbau u.s.w.).

Vieles wird ein Verlust von Wohn- und Lebensqualität bedeuten und auch nicht dazu beitragen, gute Steuerzahler nach Wohlen zu holen. Ich bin überzeugt, dass eine Steuererhöhung, wenn sie richtig begründet wird, durchaus eine Mehrheit finden wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte auf das Votum von Sandra Lehmann, Freis Wohle, eingehen. Es wurde die Frage gestellt, ob beim Bifang nicht anders vorgegangen werden könnte. Sie müssen sich Folgendes bewusst sein: Der Vorstand des Vereines Wohn- und Altersheim Bifang und die dort arbeitenden Personen setzen sich für dieses Heim ein. Sie brauchen eine andere Art von Unterstützung. Es könnte der Tag kommen, an dem sie den Schlüssel des Heimes im Gemeindehaus deponieren. Dann müssten wir das Problem komplett lösen. Ich bitte Sie um Zurückhaltung mit Äusserungen. An diesem Projekt arbeiten Fachleute mit. Wenn man ernsthaft besorgt ist, steht nichts entgegen, mit der Präsidentin, Marianne Piffaretti, oder dem Präsidenten der Baukommission, Ernst Häner, Kontakt aufzunehmen und sich zu erkundigen, was die Überlegungen sind.

Zum Votum von Regula Meier, FDP, betreffend Stellenplan: In der vor der letzten Einwohnerrats-sitzung im Wohler Anzeiger erschienenen Statistik ist ersichtlich, dass Wohlen den geringsten Bestand an Angestellten pro Einwohner ausweist. In der hier stattgefundenen Veranstaltung über die Steuergesetzrevision hat der freisinnige Urs Haeny referiert. Er hat sich mit der Grafik befasst und meinte, dies sei nicht das Problem von Wohlen. Der Gemeinderat hat versucht, mit der 2. Vorlage einen Mix zu bringen, der mehrheitsfähig ist. Wenn jemand jetzt noch von einer Steuerfussenkung sprechen kann, muss ich sagen, ist es schade um die Zeit und die hier gehaltenen Referate.

Urs Stäger, SVP, trifft um 20.00 Uhr ein.

Benz Guido, CVP: Ich möchte noch 2 Bemerkungen zu den SVP-Aussagen werden. Der Brief der Gemeindeabteilung wird ein schlechtes Zeugnis sein. Der Kanton greift erst ein, wenn man schon 60 Sekunden unter Wasser ist. Ich bin als früher im Unternehmensfeld Tätiger sehr erstaunt, wenn ich die Frage höre, wofür man eigentlich einen Einnahmenüberschuss brauche. Diese Frage muss mir die SVP nochmals erklären.

Detailberatung Voranschlag 2007 2. Vorlage

Stellenplan

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung

Ganzes Budget: xxx.301 (Lohn)

Perroud Arsène, SP: Wir möchten einen Antrag zur Besoldung stellen. Wir finden es eine bodenlose Frechheit, dass das Gemeindepersonal von Anfang an nur mit 1,2 % Lohnanpassung berücksichtigt wurde und dann noch eine Kürzung von 0,6 % erfolgt. Ich beantrage eine Erhöhung resp. ein Rückgängigmachen der Kürzung von Fr. 47'800. Der Betrag von Fr. 95'600 soll wieder für die Lohnanpassungen zur Verfügung stehen.

Bächer Andy, CVP: Ich stelle den selben Antrag.

Abstimmung (Andy Bächer, CVP, und Ronny Fricker, CVP, befinden sich im Ausstand)

Der Antrag der SP und Andy Bächer, CVP,

„Die Lohnsumme sei um 0.6 % zu erhöhen. Damit wird der Stand im 1. Budget 2007 erreicht.“

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ganzes Budget: Sitzungs- und Taggelder, Entschädigungen, Besoldung Gemeinderat etc.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP stellt sich auf den Standpunkt, dass man auf breiter Front eine Opferbereitschaft zeigen sollte. Wir bitten alle Involvierten, ob sie nicht nächstes Jahr auf das Sitzungsgeld verzichten wollen. Es geht um Sitzungsgelder von Kommissionen, Gemeindesteuernamt, Bauverwaltung usw. Es gäbe eine beträchtliche Summe. Wir möchten vor allem auch den

Gemeinderat anfragen, ob er auch bereit wäre, aus seiner Honorarsumme einen Beitrag zu leisten.

Külling Harold, Vizeammann: Der Gemeinderat hat sich diese Gedanken auch gemacht. Die Sitzungsgelder, Entschädigungen etc. basiert auf Reglementen und Bestimmungen, welche hier beschlossen wurden. Ich möchte daran erinnern, dass beispielsweise die Saläre durch eine Arbeitsgruppe festgelegt und durch den Einwohnerrat beschlossen wurden. Deshalb soll man dies auch so belassen. Man kann später wieder über diese Reglemente diskutieren. Der Gemeinderat hat konsequent Einsparungsmöglichkeiten beantragt, welche budgetmässig auch beschlossen werden können. Es wurde kein Populismus betrieben, bei welchem pseudomässige Einsparungen gemacht werden. Wer in irgendeiner Form für die Gemeinde tätig ist, soll auch etwas für seine Arbeit verdienen.

Seite 42, Kto. 011.317.01, Allgemeine Verwaltung / Einwohnerrat / Ehrenaussgaben, Repräsentationskosten, Kurse

Perroud Arsène, SP: Herzlich Willkommen zu den Gymnastikübungen des heutigen Abends. Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 1'000 wieder einzusetzen.

Abstimmung:

Der Antrag der SP

Das Kto. 011.317.01 sei um Fr. 1'000 auf Fr. 1'500 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 42, Kto. 011.317.02, Allgemeine Verwaltung / Einwohnerrat / Reise- und Konsumationsspesen

Perroud Arsène, SP: Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 1'500 wieder einzusetzen.

Abstimmung:

Der Antrag der SP

Verzicht auf Streichung des Kto. 011.317.02 (Fr. 1'500)

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 42, Kto. 012.317.01, Allgemeine Verwaltung / Gemeinderat / Ehrenaussgaben, Repräsentationsspesen

Perroud Arsène, SP: Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 20'000 wieder einzusetzen.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Das Kto. 012.317.01 sei um Fr. 20'000 auf Fr. 30'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Seite 42, 012.317.02, Allgemeine Verwaltung / Gemeinderat / Reise- und Konsumations-
spesen**

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP beantragt eine Kürzung von Fr. 15'000 auf Fr. 3'000. Begründung: Beschränkung auf das Notwendigste.

Külling Harold, Vizeammann: Diese Kürzung ist nicht möglich, da die Spesen in einem Reglement festgelegt sind.

Seite 43, Kto. 012.318.01, Allgemeine Verwaltung / Gemeinderat / Expertisen, Gutachten, Gerichtskosten, Treuhand

Perroud Arsène, SP: Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 14'000 wieder einzusetzen. Der Grund für die Kürzung ist uns nicht klar.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Das Kto. 012.318.01 sei um Fr. 14'000 auf Fr. 40'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 43, Kto. 020.301.04, Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung allgemein / Mutationsgewinne auf Löhnen

Perroud Arsène, SP: Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 20'200 wieder einzusetzen. Hier trifft es wieder das Personal. Die Mutationsgewinne sind ein elementarer Bestandteil des Personalreglementes. Wenn dieser Budgetposten gestrichen wird, heisst das, dass dem Gemeinderat die Handhabung fehlt, irgendwelche Boni auszuzahlen.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Verzicht auf Streichung des Kto. 020.301.04 (Fr. 20'200)

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 43, Kto. 020.318.05, Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung allgemein / Neuzuzügeranlass

Perroud Arsène, SP: Die SP stellt den Antrag, die Fr. 4'000 für den Neuzuzügeranlass im Budget zu belassen. Wir finden es wichtig, dass sich die Gemeinde bei den Neuzuzügern in symbolischer Art und Weise bedankt.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Verzicht auf Streichung des Kto. 020.318.04 (Fr. 4'000)

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 43, Kto. 020.309.04, Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung allgemein / Personalveranstaltungen

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP stellt den Antrag, das Konto Personalveranstaltungen zu streichen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet sie, den Antrag abzulehnen. Arbeitet die Gemeindeverwaltung gut, hat sie dies den Abteilungsleitern und den Angestellten zu verdanken. Dies wäre ein absolut schlechtes Zeichen gegenüber der Verwaltung.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 020.309.04 sei um Fr. 16'000 auf Fr. 0 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Seite 43, Kto. 020.311 / Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung allgemein / Mobili-
aranschaffungen**

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP beantragt angesichts der desolaten Finanzlage die Streichung der Fr. 12'000 und auf Anschaffungen nächstes Jahr zu verzichten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir bitten Sie, diesen Antrag abzulehnen. Schaut man die Büros der Gemeindeverwaltung an, sieht man, dass dies nicht die Neusten sind. Ist etwas beschädigt, muss man es reparieren.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 020.311 sei um Fr. 12'000 auf Fr. 0 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Seite 44, Kto. 021.310, Allgemeine Verwaltung / Gemeindeganzlei / Büromaterial, Druck-
sachen, Inserate**

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP ist der Meinung, dass man beim Büromaterial etc. der Gemeindeganzlei auch noch einsparen könnte. Wir beantragen eine Kürzung um Fr. 7'000 auf Fr. 28'000 zu kürzen. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es Druckereien gibt, die wesentlich günstiger und auch solche, die wesentlich teurer arbeiten. Man könnte auch mal ein preisgünstigeres Angebot berücksichtigen und Offerten einholen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Im Gegensatz zu Privaten werden in der Gemeinde keine Inserate aufgegeben, welche nicht nötig sind. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ein Inserat wird aufgegeben, wenn es begründet ist. Die Fiko kann das bei der Rechnungsprüfung kontrol-

lieren. Was das Drucken anbelangt: Sie werden sehen, dass der Geschäftsbericht 2006 ganz anders daher kommen wird als bisher.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 021.310 sei um Fr. 7'000 auf Fr. 28'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 44, Kto. 022.310, Allgemeine Verwaltung / Finanzverwaltung / Büromaterial, Drucksachen, Inserate

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP beantragt Ihnen, das Konto Büromaterial etc. der Finanzverwaltung um Fr. 4'000 auf Fr. 16'000 zu kürzen mit der gleichen Begründung wie vorhin.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auch auf der Finanzverwaltung werden nur die Formulare und Materialien angeschafft, die nötig sind. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag ab.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 022.310 sei um Fr. 4'000 auf Fr. 16'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 45, Kto. 022.452.01, Allgemeine Verwaltung / Finanzverwaltung / Ortsbürgergemeinde

Thiébaud Alain, FDP: Es geht um Abgeltungen von Leistungen, die die Einwohnergemeinde an die Ortsbürgergemeinde erbringt. Die FDP ist der Ansicht, dass hier mehr Leistungen erbracht werden, als mit den Fr. 20'000 ausgewiesen sind. Zur Begründung ist auszuführen, dass wir grundsätzlich zum partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Einwohner- und Ortsbürgergemeinde stehen und die Erhöhung als im Moment angebracht erachten, im Hinblick auf die finanzielle Lage der Einwohnergemeinde, aber auch im Hinblick auf die Finanzlage der Ortsbürgergemeinde, welche im Moment sehr gut da steht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Berechnung der Entschädigung richtet sich nach der Verordnung über die anzurechnenden Mindestansätze von den eingetragenen Gebühren und Entschädigungen, Kantonale Minimalverordnung. Seitens der Ortsbürgergemeinde wird gerechnet: Fr. 240 fester Betrag zuzüglich 5 % des Personal- und Sachaufwandes sowie 9 % der Vermögenserträge (Kapital-, Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen). Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Die Ortsbürgergemeinde macht sehr viel, was der Einwohnergemeinde zu Gute kommt, z.B. Rutschbahn Badi, Liegenschaft Sternen, Weihnachtsbeleuchtung. Zudem unterstützt die Ortsbürgergemeinde diverse kulturelle Anlässe. Eine Erhöhung wäre ein schlechtes Zeichen gegenüber der Ortsbürgergemeinde.

Thiébaud Alain, FDP: Es geht ausdrücklich nicht um ein schlechtes Zeichen der Einwohnergemeinde gegenüber der Ortsbürgergemeinde.

Abstimmung

Der Antrag der FDP

Es sei die von der Ortsbürgergemeinde zu entrichtende Abgeltung für Leistungen der Einwohnergemeinde Wohlen um Fr. 20'000 von Fr. 20'000 auf Fr. 40'000 zu erhöhen.

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 45, Kto. 023.310, Allgemeine Verwaltung / Gemeindesteuernamt / Büromaterial, Drucksachen

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP ist der Meinung, dass dieser Betrag um Fr. 5'000 auf Fr. 20'000 gekürzt werden kann.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auch hier werden nur die nötigen Materialien eingekauft. Wir bitten Sie um Ablehnung dieses Antrages.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 023.310 sei um Fr. 5'000 auf Fr. 20'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 45, Kto. 023.317, Allgemeine Verwaltung / Gemeindesteuernamt / Reise- und Konsumationsspesen

Bertschi Bruno, SVP: Wir fragen uns, weshalb eine Gemeindesteuernamt herumreist. Wir beantragen eine gänzliche Streichung der Fr. 2'500.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben ein kompetentes Steuernamt mit einem sehr kompetenten Leiter. Sie betreiben die notwendige Weiterbildung und benötigen die Spesen für die Reise. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Bertschi Bruno, SVP: Wenn diese Begründung stimmt, gehörte der Betrag nicht unter Reise- und Konsumationsspesen, sondern unter Personalweiterbildung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich gebe das Wort dem Vorsteher des Gemeindesteuernamtes, Thomas Laube.

Laube Thomas, Vorsteher Gemeindesteuernamt: Tatsächlich ist es so, wie es Gemeindeammann Dubler erklärt hat. Traditionell sind die Spesen von unseren Weiterbildungsveranstaltungen auf diesem Konto verbucht worden. Dies wurde immer so gemacht.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 023.317 sei um Fr. 2'500 auf Fr. 0 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 45, Kto. 023.318, Allgemeine Verwaltung / Gemeindesteuern / Dienstleistungen und Honorare

Bertschi Bruno, SVP: Wir beantragen, dieses Konto auf das Niveau 2005 zu kürzen, d.h. um Fr. 7'000 auf Fr. 13'000. Es ist nicht einzusehen, weshalb das Einlesen der Belege von einem Jahr auf das andere Fr. 7'000 mehr kosten soll.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte den Vorsteher des Gemeindesteuernamtes Auskunft zu erteilen.

Laube Thomas, Vorsteher Gemeindesteuernamt: Seit Juni 2005 werden die Steuererklärungen eingescannt. D.h. diejenigen, welche nicht mit Easy Tax ausgefüllt wurden. Rund die Hälfte aller Steuererklärungen werden über Easy Tax abgegeben. Wir haben Ende 2005 einen Registerbestand von 8'200 Steuererklärungen. Wenn wir die 4'000 Steuererklärungen, welche nicht mit Easy Tax ausgefüllt wurden, manuell ins System gestellt werden müssen, eingegeben werden, gibt das 4'000 Steuererklärungen à ca. 30 Daten, dies macht ca. 180'000 Daten, welche meine Mitarbeiter manuell einlesen müssen. Gestatten Sie mir, meine Mitarbeiter für die viel wichtigeren Denk- und Revisionsarbeiten einzusetzen anstelle für Handeingaben. Wir fördern so auch das Steuersubstrat der Gemeinde Wohlen erheblich. Die Budgetsteigerung ergibt sich aus dem späten Start des Einscannens im Mai oder Juni 2005.

Bertschi Bruno, SVP: Thomas Laube hat die Veränderung logisch begründet. Wir ziehen deshalb den Antrag ab.

Unteregger Thomas, Freis Wohlen: Weshalb fördert man Easy Tax nicht mehr, wenn das soviel ausmacht?

Laube Thomas, Vorsteher Gemeindesteuernamt: Easy Tax wird gefördert über Prospekte, die Presse, das Internet. Der Kanton Aargau hat mit Easy Tax die grösste Rücklaufquote seines Softwaresystems, ca. 50 %. Nachbarkantone oder Ostschweizerkantone träumen von diesem Ergebnis, diese bewegen sich im Bereich von 25 %. Wir sind sehr stark mit Easy Tax und das Ziel ist die weitergehende Stärkung und Förderung. Die ortsansässigen Treuhänder und Beratungsbüros setzen dieses Programm auch ein.

Seite 46, Kto. 090.314.03, Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft öffentlich genutzt / Baulicher Unterhalt durch Dritte, Beseitigung Sprayereien

Perroud Arsène, SP: Wir stellen den Antrag, die gekürzten Fr. 10'000 wieder einzusetzen. Die Gemeinde Wohlen verfolgt ein Konzept, nämlich alle Sprayereien so schnell wie möglich wieder wegzuputzen, dann entstehen auch weniger. Das ist die Verwahrlosungstheorie. Wir finden es wichtig, dass dies weiter verfolgt wird. Ansonsten geben wir einen grossen Betrag aus, die Sprayereien wegzuputzen.

Abstimmung

Der Antrag der SP

Das Kto. 090.314.03 sei um Fr. 10'000 auf Fr. 20'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 46, Kto. 024.310, Allgemeine Verwaltung / Bauverwaltung / Büro- und Zeichnungsmaterial, Drucksachen, Inserate

Spörri Marlies, SVP: Die SVP beantragt, diesen Betrag um Fr. 11'000 auf Fr. 44'000 zu senken. Man sollte preisgünstigere Angebote berücksichtigen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist das gleiche wie bei den anderen Anschaffungen. Es wird das nötigste und preisgünstig eingekauft. Ich möchte zusammenfassend festhalten, dass in den letzten Jahren der Büromaterialeinkauf nie beanstandet wurde. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 024.310 sei um Fr. 11'000 auf Fr. 44'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 46, Kto. 024.317, Allgemeine Verwaltung / Bauverwaltung / Reise- und Konsumationskosten, Fahrzeugentschädigungen

Spörri Marlies, SVP: Wir beantragen den Betrag um Fr. 4'000 auf Fr. 3'500 zu kürzen. Begründet wird dies mit der Forderung nach Beschränkung auf Fahrzeugentschädigung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dies hier ist ein Bestandteil der Spesenentschädigung wie Sie es sich in der Privatwirtschaft auch gewohnt sind. Hier würden Sie dem Personal etwas wegnehmen. Bitte lehnen Sie den Antrag a.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Sind dies Spesen für Fahrten, die über das Dorf hinausgehen? Z.B. Ausbildungsfahrten?

Meier René, Gemeinderat: Der grösste Teil ist für Fahrzeugentschädigungen. Diese sind für Fahrzeuge und gefahrene Kilometer von Mitarbeiter für die Verrichtung des Amtes (Kontrollen, Besichtigungen etc.).

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 024.317 soll um Fr. 4'000 auf Fr. 3'500 gekürzt werden.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 46, Kto. 090.313, Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft öffentlich genutzt / Bau-, Unterhalts- und Reinigungsmaterial

Spörri Marlies, SVP: Die SVP beantragt Ihnen, dieses Konto um Fr. 7'000 auf Fr. 2'500 zu kürzen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich gehe davon aus, dass die Personen wissen, was sie für den Unterhalt und Pflege der Gebäude brauchen.

Bächer Andy, CVP: Ich möchte wissen, was denn eingespart werden sollte. Sollen wir aufhören mit putzen, wenn wir kein Geld mehr haben? Ich möchte den Grund wissen, weshalb Sie um Fr. 7'000 kürzen wollen. Es ist mir ein Rätsel, wie man auf so einen Antrag kommt.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 090.313 sei um Fr. 7'000 auf Fr. 2'500 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 47, Kto. 091.314.01, Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft privat genutzt / Baulicher Unterhalt durch Dritte, allgemein

Wiederkehr Peter, SVP: Der Betrag von Fr. 4'000 ist zu hoch. Es liegt keine Dringlichkeit vor.

Becker Doris, Gemeinderätin: Dies betrug vorher Fr. 8'000 und wurde um Fr. 4'000 gekürzt. Die übrig gebliebenen Fr. 4'000 brauchen wir unbedingt. Es geht hier um die Minigolfanlage und um die Liegenschaft Steingasse 43. Fallen hier Reparaturen an, müssen wir handeln können. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 091.314.01 sei um Fr. 4'000 auf Fr. 0 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 48, Kto. 101.310, Öffentliche Sicherheit / Einwohnerkontrolle / Büromaterial, Drucksachen, Inserate

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen die Kürzung dieses Kontos um Fr. 2'000 auf Fr. 6'000 (Niveau 2005).

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es werden Amtshandlungen ausgeführt, für welche Mittel benötigt werden. Werden diese Amtshandlungen nicht ausgeführt, entstehen weniger hohe Kosten. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Bertschi Bruno, SVP: Die Stellungnahme des Gemeindeammannes war mir doch etwas zu summarisch. Ich möchte wissen, welche vermehrten Amtshandlungen im Gegensatz zu 2005 eine solche Erhöhung rechtfertigen würden. Dies würde mich interessieren.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Im Jahr 2005 waren es Fr. 6'123.90, im Jahr 2004 waren es Fr. 8'100.00. Es kann also variieren. Ich gebe Gemeindeschreiber Peter Hartmann das Wort.

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Man kann nicht im Voraus abschätzen, welches Formular man neu bestellen muss. Es gibt diverse Broschüren, Unterlagen für die Neuzuzüger etc.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 101.310 sei um Fr. 2'000 auf Fr. 6'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 49, Kto 102.310, Öffentliche Sicherheit / Betriebsamt / Büromaterial, Drucksachen, Inserate

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen, dieses Konto um Fr. 2'000 auf Fr. 10'000 (Niveau Rechnung 2005) zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 102.310 sei um Fr. 2'000 auf Fr. 10'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 49, Kto. 102.351, Öffentliche Sicherheit / Betriebsamt / Entschädigung an Kanton (Kostenanteil Inspektorat)

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen, dieses Konto um Fr. 5'000 auf Fr. 5'000 zu kürzen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Diese Entschädigung ist ganz neu eingeführt worden. Ich gebe Betriebsbeamte Werner Lüpold das Wort.

Lüpold Werner, Betriebsbeamter: Die Fr. 10'000 entstehen wie folgt: Seit 1.1.2006 ist das neue EGzSchKG in Kraft. Darin ist geregelt, dass der Kanton neu einen Betriebsinspektor anstellt. Der Betriebsinspektor wird entlohnt durch Anzahl Betreibungen x gewissen Betrag, welcher noch nicht festgelegt ist. Wir in Wohlen haben 5'600 Betreibungen. Der Betrag wird im Moment mit Fr. 2 bis Fr. 2.50 eingesetzt. Mit dem Budgetbetrag sind wir im Rahmen.

Wiederkehr Peter, SVP: Wir ziehen den Antrag zurück.

Seite 49, Kto. 103.309, Öffentliche Sicherheit / Regionales Zivilstandsamt / Übriger Personalaufwand

Wiederkehr Peter, SVP: Wir sind der Meinung, dass die Bezahlung des Betrages von Fr. 6'000 für die Vorbereitung auf Berufsprüfung nicht Aufgabe der Gemeinde ist. Wir beantragen die Streichung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das Regionale Zivilstandsamt deckt 9 Gemeinden ab. Wir bezahlen nicht mehr Ausbildungskosten als nötig. Dies gehört dazu. Ich bitte Sie, diesen Antrag

abzulehnen. Ein gut funktionierendes Zivilstandsamt ist auch ein Aushängeschild. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Fischer Arthur, Präsident: Ich habe hier noch eine Bemerkung dazu. Es handelt sich hier um eine Berufsprüfung für Zivilstandsbeamten, die neu obligatorisch ist. Im Jahr 2007 nimmt aber niemand von Wohlen teil. Dieser Betrag würde sowieso entfallen.

Bertschi Bruno, SVP: Jetzt habe ich gerade gehört, dass niemand im Jahr 2007 daran teilnimmt. Weshalb müssen wir dann Geld sprechen?

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Als wir das Budget 2007 gemacht hat, hing dies alles noch in der Luft. Es wurde erst bekannt, dass die jüngeren Zivilstandsbeamten diese Berufsprüfung ablegen müssen, jedoch war das Konzept noch nicht bekannt. Wir haben dann einen Betrag budgetiert. Mittlerweile hat ein Kurs begonnen, in welchem unsere Angestellten keinen Platz fanden. Im nächsten Jahr können wir keinen Kurs belegen. In diesem Sinne kann man den Betrag rausnehmen, er wird aber im nächsten Jahr wieder auftauchen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir streichen den Betrag von Fr. 6'000.

Seite 49, Kto. 103, 310, Öffentliche Sicherheit / Regionales Zivilstandsamt / Büromaterialien, Drucksachen

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen, dieses Konto um Fr. 3'000 auf Fr. 6'000 zu kürzen (Niveau Rechnung 2005)

Meier René, Gemeinderat: Ich habe eine generelle Bitte an die SVP: Es ist auffallend, wie sie die Büromaterialposten kürzen möchten. Weshalb stellen Sie nicht den Antrag, die Konti Büromaterial generell um 20 % zu kürzen? Das gäbe eine Abstimmung und es wäre erledigt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe eine Ergänzung zu machen. Im Jahr 2004 waren es Fr. 13'000 und im Jahr 2005 Fr. 5'500. Das sind Kosten, die wahrscheinlich auch in Ihrem eigenen Unternehmen anfallen werden.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 103.310 sei um Fr. 3'000 auf Fr. 6'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 50, Kto. 110.309.01, Öffentliche Sicherheit / Polizei (Repol) / Ausbildungskosten Personal

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir beantragen, dieses Konto um Fr. 6'000 auf Fr. 6'000 zu kürzen. Wir müssen diese Übung leider so machen, Herr René Meier. Es ist ja auch detailliert budgetiert. Will der Gemeinderat dies anders, muss er pauschal budgetieren. Dann stellen wir jeweils pro Position, z.B. Ausbildungskosten, einen Antrag. So sind wir aber gezwungen, diesen Weg zu gehen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, lehnen Sie diesen Antrag ab. Ich gebe dem Chef Repol, Peter Christen, das Wort.

Christen Peter, Chef Repol: Investition in Weiterbildung ist nie fehlinvestiert. Gerade die Polizei muss sich täglich mit Weiterbildung auseinandersetzen. Wir hören häufig die Vorwürfe, uns gescheiter noch in diesem Bereich weiterzubilden und in jenem. Wir versuchen dies zu machen. Streichen Sie aber den Betrag, kann ich meine Leute nirgends mehr hinschicken.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die Repol ist kein Gemeindeverband, die Grundlage ist ein Gemeindevertrag mit weiteren 8 Gemeinden. Die Repol ist durch diesen Vertrag verpflichtet, die polizeiliche Grundversorgung der Vertragsgemeinden sicherzustellen. Dazu braucht sie Mittel und auch Ausbildung. Ich bitte Sie um Ablehnung.

Bertschi Bruno, SVP: Die Überlegung für den Kürzungsantrag ist folgender: Die kürzlich aufgebaute Repol ist nun komplett und ausgebildet. Deshalb reduziert sich der Ausbildungsbedarf mit Sicherheit.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Dieses Argument stelle ich in Abrede. Der Ausbildungsbedarf nimmt eher zu. Gerade wenn man sieht, was auf die Repol alles neu zukommen wird.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 110.309.01 sei um Fr. 6'000 auf Fr. 6'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 50, Kto. 110.310 Öffentliche Sicherheit / Polizei (Repol) / Büromaterial, Drucksachen, Inserate

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir beantragen die Kürzung dieses Kontos um Fr. 3'000 auf Fr. 12'000. Inserate können wichtig sein und wenn man eine grosse Wirkung erzielen möchten, kann sich jeder bei der SVP beraten lassen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Inserate zu budgetieren ist nicht einfach. Es wird sehr schnell teuer. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 110.310 sei um Fr. 3'000 auf Fr. 12'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 50, Kto. 110.311, Öffentliche Sicherheit / Polizei (Repol), Anschaffung von Mobilien und Geräten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir beantragen, dieses Konto um Fr. 6'000 auf Fr. 4'000 zu kürzen. Wenn man schon den Steuerfuss heben will und ihn auch noch halten möchte, sollte man sich auf das Allernötigste beschränken.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 110.311 sei um Fr. 6'000 auf Fr. 4'000 zu kürzen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 51, Öffentliche Sicherheit, Globalbudget Feuerwehr

Gfeller Koni, Vizepräsident, FDP: Laut revidiertem Voranschlag ist das Globalbudget der Feuerwehr von Fr. 286'500.00 auf Fr. 263'000.00 gekürzt worden. Dies entspricht 7.8 %. Die FDP ist der Meinung, dass hier ein grösseres Sparpotenzial versteckt ist. Wir stellen den Antrag, das Globalbudget der Feuerwehr um weitere Fr. 13'000.00 zu kürzen auf Fr. 250'000.00.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Wohlen hat eine qualitativ gute Feuerwehr. Alle, die die Feuerwehr bereits einmal brauchten, wissen dies. Sie ist gemäss Gesetz und Richtlinien des AVA eine Klasse 4+ Feuerwehr, gehört also zu der grössten Feuerwehrrklasse, wie sie für die Grösse einer 14'000-Einwohner Gemeinde ausgelegt sein muss. Daran ändert auch die Reduktion auf eine Stützpunkt B Feuerwehr nichts. Die Feuerwehr hat zudem eine Führung, die ihre Verantwortung wahrnimmt.

Das Globalbudget der Feuerwehr ist im vorliegenden Budget um Fr. 22'500.00 gekürzt worden. Die Feuerwehr trägt also die gesamten Ausfälle aus den Subventionen des AVA's über ihr Budget. Jetzt steht nochmals ein Kürzungsantrag von Fr. 13'000.00 im Raum. Auch die SVP wird wahrscheinlich noch Anträge stellen, das Globalbudget noch weiter zu kürzen. Ich möchte Sie fragen, wo ist die Grenze, dass die Feuerwehr ihren Betrieb aufrecht erhalten kann. Die beiden Fraktionen sind der Ansicht, dass die Feuerwehr auch ohne die Fr. 25'000.00 funktioniert. Auf welcher Grundlage beurteilen Sie dies?

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Freis Wohle und EVP beantragen Ihnen die Abschaffung des Globalbudgets Feuerwehr. Die Fraktion Freis Wohle und EVP schlägt dem Einwohnerrat vor, das Globalbudget der Feuerwehr abzuschaffen. Stattdessen ist ein Fix-Budget entsprechend der Finanzlage von Wohlen einzuführen, welches dementsprechend Ende Jahr abgerechnet wird.

Nach heutigem Stand herrschen unklare Verhältnisse, da zwei Konten geführt werden und teilweise Mieteinnahmen im Globalbudget verbucht werden. Auch die Feuerwehr kann und muss ihren Beitrag zur Finanzsituation beitragen ohne dass die Sicherheit dabei verloren geht. Mit der Abschaffung des Globalbudgets der Feuerwehr wird somit ein entsprechendes Signal gesetzt. Wir beantragen: Abschaffung des Globalbudgets der Feuerwehr

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP wird diesen Antrag zur Abschaffung des Globalbudgets unterstützen. Wir werden auch einen Antrag zur Abschaffung des Globalbudgets Bildung stellen. Bei einer Kasse, wie wir sie zur Zeit haben, müssen wir Transparenz schaffen. Bei einem Globalbudget wird bereits intern „gmischlet“. Es steht und fällt mit der Qualität der Personen, die darüber verfügen. Wird die vorgeschlagene Kürzung angenommen, wird die SVP keine Anträge zur Feuerwehr mehr stellen. Ansonsten werden Einzelanträge gestellt.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Im Budget der Gemeinde Wohlen gibt es 2 Globalbudgets. Eines davon von der Feuerwehr, welches nach dem Willen der SVP und Freis Wohle abgeschafft werden soll. Wir haben einen neuen Kommandanten und Vizekommandanten, welche 10 Monate

im Amt sind. Die Feuerwehr ist auf gutem Weg. Mit diesem Antrag wird der Führungsmannschaft das Vertrauen entzogen. Ich habe die neue Führungsmannschaft als vertrauenswürdig erlebt. Die neuen Leute übernehmen ihre Verantwortung kompetent und umsichtig, auch in Bezug auf die Finanzen. Ich persönlich halte ein Globalbudget für gut. Es braucht aber Vertrauen. Mit der Abschaffung des Globalbudgets sparen Sie keinen Rappen. Sie verschieben nur die Verantwortung und nehmen die Motivation weg. Nochmals: die Führungsmannschaft der Feuerwehr übernimmt ihre Verantwortung. Ich bitte Sie mit aller Bestimmtheit, den Antrag abzulehnen.

Donat Rudolf, CVP: Die Begründung für die Einführung des Globalbudgets war folgende: Die zufahrenden Einsätze sind nicht voraussehbar und so entstehen Schwierigkeiten beim Budgetieren. Jedes Jahr mussten die überschrittenen Budgetposten begründet werden. Vertrauen Sie der Feuerwehrmannschaft. Insbesondere dieses Jahr ist das Globalbudget nicht erreicht worden. Die Aussagen, dass Beträge innerhalb des Budgets verschoben werden, stimmen nicht. All diese Budgetbeträge sind ersichtlich. Es ist ersichtlich, wie viel ausgegeben wurde oder nicht.

Bertschi Bruno, SVP: Der Sinn und Zweck eines Globalbudgets ist schon derjenige, dass innerhalb der Positionen hin- und hergeschoben werden kann. Das ist ja auch legal. Im Namen der SVP will ich festhalten, dass es nicht um ein Misstrauen gegenüber der Feuerwehr geht. Wir haben eine sehr gute Meinung über die Feuerwehr.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Auch ich möchte festhalten, dass wir kein Misstrauen gegenüber der Feuerwehr haben. Es geht darum, dass man auch hier Zeichen setzt und sollten Bestrebungen signalisiert werden.

Schürmann Toni, Gemeinderat: In diesem Sinn setzen Sie meiner Meinung nach ein falsches Zeichen. Mit einem Globalbudget sind Sie flexibler. Es braucht ein gutes Controlling, es braucht Vertrauen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Gemeinderat Toni Schürmann und der ehemalige Vizekommandant Ruedi Donat haben wichtige Sachen gesagt. Es geht mir um etwas Grundsätzliches. Wir haben Maya Meier, Freis Wohle, in die Feuerwehrkommission gewählt, weil wir wissen, sie ist ein kritischer Geist. Dort besteht doch die Gelegenheit, alle Fragen bei der Vorberatung des Budgets zu stellen. Ich frage mich: Wo kommen wir hin, wenn alles im Einwohnerrat abgehandelt werden muss? Bitte stellen Sie Ihre Fragen in den Kommissionen im Rahmen der Prüfung und schenken Sie den Personen Vertrauen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Bertschi Bruno, SVP: Der Sinn eines Globalbudgets ist meiner Meinung nach, dass man für die Feuerwehr eine Zahl hat. Nicht, ein paar Positionen im Globalbudget und einige nicht. Das versteht niemand mehr ausser der Finanzverwalter. Ich schlage Ihnen vor, für die Feuerwehr eine Zahl zu machen. Dann können Anschaffungen und Zahlungen vorgenommen werden, wie man will.

Suter Stefan, SP: Es freut mich, dass Sie der Feuerwehr ein gutes Zeugnis ausstellen. Wir können nichts unter den Tisch wischen in der Feuerwehr. Was wir kaufen, müssen wir belegen. Wenn der Einsatz bei z.B. einem Unwetter die Soldkosten übersteigen, wer zahlt es dann? Wir können einfach ein Kreuzli machen und begründen, aber damit ist es nicht getan. Ein Globalbudget, wie es besteht, ist wirtschaftlich und wir können auch Einsparungen machen. Das Instrument brauchen wir dazu. Wir sind kein einfacher Betrieb, sondern recht kompliziert. Man muss das Vertrauen haben. Es kann nicht sein, dass wir im November sagen müssen: „Es tut uns leid, das Besoldungsbudget ist aufgebraucht, heute kommt niemand.“ Wir können nichts unterschlagen, dafür kann ich Ihnen Garantie geben. Jeder kann schauen, was wir machen.

Meier Maya, Freis Wohle: Es stimmt, ich bin in der Feuerwehrkommission. Es geht aber nicht ums Vertrauen, sondern um die Übersicht. Ich sogar als Mitglied der Feuerwehrkommission habe Mühe mit dem Unterscheiden, was ist Global- und was Normalbudget. Es gibt viele andere Feuerwehren, die kein Globalbudget haben.

Ich habe eine Frage an Ruedi. Er sagte, es sei schwierig zum Budgetieren wie viele Einsätze und Löhne man hat. Ich denke, wenn die Überschreitung der Posten begründet werden kann, ist dies auch kein Problem. Dann wird dies bei der Rechnung auch akzeptiert.

Suter Stefan, SP: Klar kann man dies begründen. Aber mit einem Einsatz kommen noch weitere Kosten auf die Feuerwehr zu, z.B. Einsatzkleidung. Es ist eine Verkettung: haben wir weniger Einsätze, gehen die Kosten auch zurück. Haben wir grössere Einsätze, nehmen die Kosten wieder zu. Es ist nicht nur der Sold, es sind auch Fahrzeugkosten. Es sind verschiedene Posten davon betroffen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Wir diskutieren am falschen Punkt. Wir ziehen in Betracht, eine Motion betreffend Fusion mit anderen Feuerwehren einzureichen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ein Globalbudget lässt eine flexiblere Gestaltung zu. Es braucht Controlling, aber auch Vertrauen. Ich garantiere Ihnen, dass die Mannschaft das Vertrauen auch verdient. Man kann die Rechnungen bei der Rechnungsaufgabe anschauen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Benz Guido, CVP: Ich möchte nicht konkret zur Feuerwehr Stellung nehmen. Wir haben bei diesem und auch schon bei vorherigen Vorschlägen die Problematik gesehen, wie sparen. Ich habe im Moment keine absolute Lösung. Aber ich gehe davon aus, dass ein Globalbudget im Einwohnerrat überlegt worden ist, dass Argumente dafür vorhanden waren. Vielleicht gibt es jetzt andere Argumente. Aber es ist sehr schwierig, innert 3 Minuten, seit der Antrag gestellt wurde, sich eine Meinung zu bilden. Wir müssen einen anderen Weg finden, um zu Lösungen zu kommen. Ich bin einverstanden, wenn man verlangt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, wie Zusammenschluss der Feuerwehren, überprüft werden. Genau gleich wie im eigenen Bereich. Auch dort hat es potentielle Ersparnismöglichkeiten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das politische Geschehen hat nicht erst im Jahr 2006 angefangen, Herr Benz. Es gibt einen Vorlauf. Überall dort, wo es Gremien hat, muss man davon ausgehen, dass es Leute sind, die eine positive Einstellung zur Sache und zur Problemlösung. In diesem Sinne möchte ich den Ball Maya Meier zuspiesen, nachdem sie Mitglied der Feuerwehrkommission ist. Bringen Sie nicht einen Vorstoss, sondern besprechen Sie es in der Kommission und führen Sie nicht im Einwohnerrat eine Allerweltdiskussion. Erst wenn es dort besprochen ist und die Kommission von der Idee überzeugt ist, ist es eine Sache für den Einwohnerrat.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Es war schon in den letzten 30 Jahren so: die Themen Militär und Feuerwehr sind eine Heilige Kuh. Eine vernünftige Diskussion scheint nicht möglich. Man versucht doch nur, ein Zeichen zum Sparen zu setzen.

Abstimmungen

Der Antrag von Freis Wohlen

Das Globalbudget der Feuerwehr sei abzuschaffen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der FDP

Das Globalbudget der Feuerwehr ist um weitere Fr. 13'000 zu kürzen. Globalbudget neu Fr. 250'000.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Seite 51, Kto. 140.314.02, Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr / Gebäudeunterhalt durch Dritte (veranlasst durch Bauverwaltung)

Suter Stefan, SP: Die SP stellt den Antrag, die gekürzten Fr. 108'000 wieder ins Budget aufzunehmen. Wir sind der Meinung, dass ein Rückstellen auf weitere Jahre eine Kostenerhöhung ergibt.

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Flachdächer waren zuerst im Budget enthalten. Es wurde uns auch empfohlen, diese zu sanieren. Man hat diesen Posten nochmals überprüft und auch einen Augenschein vorgenommen. Es entsteht kein Sicherheitsproblem ohne Sanierung. Die Folie der Flachdächer wird langsam spröde. Sie wurden schon mehrmals repariert. Man muss aber nicht befürchten, dass Folgeschäden entstehen. Es ist sehr gut möglich, mit der Sanierung zuzuwarten. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Suter Stefan, SP: Das Flachdach ist schadhaft. Wir durften diesen Winter das Dach abräumen. Ein zweites Mal wird die Unterlage reissen. Verschiebt man etwas über längere Zeit, müsste man das Geld parat haben. Wir haben es nicht parat. Sobald ein Unwetter oder viel Schnee kommt, wird die Unterlage reissen. Dann stehen wir mit ausserordentlichen Ausgaben von Fr. 120'000 in der Rechnung da. Nächstes Jahr ist eine Flachdachkontrolle für Fr. 2'000 geplant. Sie müssen auch sagen, das ist vergeudetes Geld. Wird die Sanierung im Jahr 2008 gemacht, können wir uns die Fr. 2'000 auch sparen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Wir haben im Sinn, das Flachdach weiterhin zu reparieren wie bis anhin. Wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, wird es erneuert.

Abstimmung

Der Antrag der SP/Eusi Lüüt&Grüne

Das Kto. 140.314.02 sei um Fr. 108'000 auf Fr. 120'500 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 53, Kto. 160.352.02, Öffentliche Sicherheit / Zivilschutz / Anteil Regionale Zivilschutzorganisation (5.165.452.01)s

Gallati Jean-Pierre, SVP: Seit 2004 haben wir jedes Jahr das Gleiche: Man möchte Fr. 200'000 oder Fr. 240'000. Wir haben den Eindruck, dass von Seiten des Gemeinderates in der gemeindeübergreifenden Zivilschutzorganisation nicht darüber verhandelt wird, den Beitrag drücken zu können. Das ist das, was der Fiko-Präsident erwähnt hat. Deshalb schlagen wir Ihnen eine Kürzung des Beitrages auf Fr. 183'200 vor. Dies entspricht dem Niveau der Rechnung 2005. Das ist, was wir vermisst haben. Wenn der Input vom Gemeinderat nicht kommt, muss er vom Einwohnerrat kommen. Unterstützen Sie unseren Antrag bitte.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Wie Sie wissen, ist der ZSO ein Gemeindeverband gemäss Gemeindegesetz § 74 – 82, welcher die gemäss Gesetz definierten Aufgaben betreffend Zivilschutz zu vollziehen hat. In diesem Verband sind die Gemeinden Wohlen, Villmergen, Dintikon, Waltenschwil, Büttikon, Uezwil und Hilfikon zusammengeschlossen.

§ 75 des Gemeindegesetzes bestimmt, dass ein Gemeindeverband als Körperschaft nach Annahme der Satzungen durch die Verbandsgemeinden und deren Genehmigung durch den Regierungsrat entsteht.

Die Satzungen wurden von den verschiedenen Gemeindeversammlungen und vom Einwohnererrat Wohlen 1996 angenommen und vom Regierungsrat 1997 genehmigt.

Der Vorstand besteht aus Vertreter und Vertreterinnen des Gemeinderates und des Einwohnerrates der jeweiligen Verbandsgemeinden. Der Verband beschliesst selbständig über Rechnung und Budget. Der Verband gibt den angeschlossenen Gemeinden den Beitrag aufgrund des vom Vorstand beschlossenen Budgets und der Bevölkerungszahl bekannt.

Bei diesem Beitrag handelt es sich also um eine sogenannte gebundene Ausgabe. Die dem Verband angeschlossenen Gemeinden sind verpflichtet diese zu bezahlen. Der Einwohnerrat kann diesen Posten kürzen, in Rechnung gestellt wird er trotzdem.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Zahl 2005 ist nicht repräsentativ, weil es eine Stellenanpassung gegeben hat. Ich bitte den anwesenden Chef der ZSO, Beat Herzog, die Aussagen von Gemeinderat Schürmann zu ergänzen und Ausführungen zu den Änderungen im Pensum zu machen.

Herzog Beat, Chef ZSO: Ich bin seit 1.8.2005 im Amt. Es hat eine Erhöhung von 30 auf 50 % gegeben. Auf den gleichen Zeitpunkt wurde die bestehende Zivilschutzstelle eliminiert und bei meiner Stelle integriert. Dies hatte auch eine entsprechende Anpassung auf der Salärseite zur Folge. Die Anpassung erfolgte aufgrund der Feststellung, dass eine Zivilschutzorganisation dieser Grösse mit 30 % nicht führbar ist. Die Stellenanpassung ist ein Teil. Der grössere Anteil, der im Budget Niederschlag findet, ist die Anpassung der Ausbildungskosten. Sie wissen, per 1.1.2004 hat der Bund das Militär- und Bevölkerungsschutzgesetz in Kraft gesetzt. Es hat eine Überführung der Dienstpflichtigen gegeben. Das Dienstalster wurde von 50 auf 40 reduziert. Gleichzeitig ist auch die Ausbildung professionalisiert worden. Die Ausbildungsdauer ist um beinahe das Doppelte angewachsen und hat entsprechende Kosten nach sich gezogen. Per 1.1.2007 werden die Ausbildungskosten neu verteilt. Wurde bisher von einem Tagesansatz ausgegangen, werden die Kosten neu auf eine Pro-Kopfbelastung verteilt. D.h. für den Gemeindeverband Regionale Zivilschutzorganisation Wohlen Folgendes: Rein für die Grundausbildung der Schutzdienstpflichtigen werden die Kosten ab 1.1.2007 (ausgehend von 25'000 Einwohnern) rund Fr. 60'000 ausmachen. Das ist rund das 3fache wie bis anhin. Diese Kosten stehen an, unabhängig davon, ob wir Leute in die Ausbildung schicken oder nicht. Dies ist im Kantonalen Gesetz per 1.1.2007 so verankert.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wie viel Zivilschutzpflichtige gab es 2003? Und wie viele davon gibt es im Jahr 2006? Wie viele Dienstage wurden im Jahr 2003 geleistet und wie viele im 2006?

Herzog Beat, Chef ZSO: Im Jahr 2003 hatten wir rund 1'100 Dienstpflichtige. Von diesen 1'100 Dienstpflichtigen haben rund 300 Mann aktiv Dienst geleistet. Heute haben wir rund einen Bestand von 290 Mann, die aktiv Dienst leisten. Diese müssen, das ist neu, zwingend Mindestdienstage leisten. Somit entstehen auch die entsprechenden Kosten. Aktiv bewirtschaftet sind in etwa gleichviel wie im Jahr 2003. Die restlichen rund 700 Mann wurden zum grossen Teil in die Personalreserve eingeteilt. Seinerzeit waren dies v.a. die Militärdienstabgänger, welche nicht mehr Zivilschutzdienst geleistet haben. Was die Dienstage betrifft: Für 2006 kann ich noch kei-

ne konkrete Aussage machen. Wir haben noch Dienst. Letztes Jahr hatten wir rund 1'100 Dienste. Ich muss aber dazu sagen, dass bevor ich begonnen habe, praktisch alle Dienste auf 0 runtergefahren worden sind. Kommunale Übungen wurden bis zu meinem Stellenantritt praktisch nicht mehr gemacht. Wir haben auch kaum Leute in die Ausbildung geschickt, weil die Planung und die Anmeldungen beim Kanton schlicht gefehlt haben.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 160.352.02 sei um Fr. 57'000 auf Fr. 183'200 zu kürzen.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 54, Bildung, Globalbudget Bildung

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Eusi Lüt & Grüne und SP beantragen, die Kürzung von Fr. 33'500 wieder ins Budget aufzunehmen. Wir sind der Meinung, es ist falsch in der Bildung zu sparen.

Abstimmung

Der Antrag von SP/Eusi Lüt & Grüne

Das Globalbudget Bildung sei um Fr. 33'500 auf Fr. 1'609'800 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 54, Kto. 200.310, Bildung / Kindergärten / Spiel- und Beschäftigungsmaterial

Stäger Martina, SVP: Diese Konto möchten wir um Fr. 3'000 auf Fr. 49'000 kürzen. Das ist Niveau Rechnung 2005.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Das ist nicht möglich, da Globalbudgetposten.

Seite 61, Kto. 216.314.02, Bildung / Schulanlagen Junkholz / Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Die Fraktion SP/Eusi Lüt & Grüne ist dagegen, dass baulicher Unterhalt hinausgeschoben wird. Die Kosten werden nur höher. Wir stellen den Antrag, das Konto um Fr. 38'500 auf Fr. 86'500 zu erhöhen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Streichung kann vom Gemeinderat verantwortet werden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Bächer Andy, CVP: Dies betrifft die Schulanlage, für welche ich zuständig bin. Es geht darum, die bestehenden, teilweise defekten Pissoirs durch Urimate zu ersetzen. Das hätte bedeutet, man hätte neue WCs gemacht, neu geplättelt und einen neuen Boden gemacht. Wir sind nach Absprache überein gekommen, dass die alten WC dangelassen werden. In der Not ist dies machbar. Es geht nicht kaputt und es gibt keine Folgeschäden. Es kann aber passieren, dass das WC

komplett verstopft und dann muss es ersetzt werden. Dann müssen wir entscheiden, ob ein konventionelles WC installiert wird oder eines, wie es allgemein in öffentlichen Bauten üblich ist. Zweiter Punkt sind die Bodenhülsen in der Turnhalle. Alle Bodenhülsen beginnen sich durch die Reinigung zu lösen. Sie stehen 2 – 3 mm auf. Es war geplant, diese mit einem grossen Aufwand neu auszugliessen und neu zu beschichten. Jetzt haben wir herausgefunden, dass wir mit Holz und 2-Komponenten lackieren, ausfräsen und soweit hinunterschleifen, bis es auf den Boden passt. Das ergibt Einsparungen von rund Fr. 25'000.00 – Fr. 30'000.00.

Keller Anna, Eusi Lüüt&Grüne: Andy Bächer hat mich überzeugt. Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 61, Kto. 216.313, Bildung / Schulanlagen Junkholz / Reinigungs- und Verbrauchsmaterial

Tanner Peter, SVP: Der Budgetbetrag beträgt Fr. 20'000. Ich beantrage eine Kürzung von Fr. 4'000 auf Fr. 16'000.

Fischer Arthur, Präsident: Es handelt sich um ein Globalbudgetposten. Somit ist der Antrag nicht möglich.

Seite 54 – 68, Bildung, Globalbudget Bildung

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich beantrage die Kürzung des Globalbudgets Schule um 5 %. Offenbar kann man gewisse Sachen diskutieren, wenn man erhöhen will, wenn man kürzen will, nicht.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Gemeinderat hat bereits den von der Schule gewünschten Betrag nicht gewährt. Die Schulpflege hat eine Erhöhung des Globalbudgets gewünscht. Die Erhöhung des Globalbudgets wäre begründete gewesen. Es gibt neue Lehrmittel, die vorgeschrieben werden vom Kanton. Dies kosten ein Wesentliches mehr als die bisherigen Lehrmittel. Wir werden Sie demnächst darüber informieren, was im Bereich der Schulen alles auf uns zukommt. Ich war sehr beeindruckt als ich sah, wie viele neue Lehrmittel wir bekommen. Das sind Ausgaben, die die Schule Wohlen nicht selbst erfunden hat. Die neuen Lehrmittel, zB. Mathematik, Französisch, sind obligatorisch. Wir haben die Erhöhung abgelehnt und das Globalbudget bei der 2. Lesung gekürzt. Ich bitte Sie, die Schule nicht noch mehr zu belasten und bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Antrag

Der Antrag der SVP

Das Globalbudget Schule sei um 5 % zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 54 – 68, Bildung, Globalbudget Bildung

Bertschi Bruno, SVP: Wir stellen Ihnen den Antrag auf Abschaffung des Globalbudgets Bildung. Bei der Rechnung 2005 hat man im Dezember gesehen, dass man im Globalbudget zwischen Fr. 50'000 und Fr. 55'000 noch nicht gebraucht hat. Was wurde gemacht? Man kaufte Schulmobiliar. Das ist gerade das Problem beim Globalbudget. Man hat nicht den Mut, es nicht zu brauchen aus Angst vor einer Kürzung im nächsten Jahr. Das ist vom System her schlecht. Die Oberhoheit über das Globalbudget Bildung hat unsere Schulpflege.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Jetzt bin ich schon etwas baff! Wir haben von Bruno Bertschi vor kurzem gehört, dass ein Globalbudget da sei, um Schwankungen aufzufangen und im Rahmen des Globalbetrages diese Sachen zu beschaffen, die man braucht. Jetzt höre ich das Gegenteil.

Bertschi Bruno, SVP: Ich meinte, dass man für die Bildung ein Betrag macht. Nicht nur das unter Global nehmen, was einem passt und den Rest nicht.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Das geht aber nicht. Nach neuem Rechnungsmodell ist das „G“ vorgeschrieben. Es ist in der Natur der Sache, dass beim Verwalten eines Globalbudgets nicht bereits am Anfang des Jahres das ganze Geld ausgegeben wird. Wenn ich weiss, welche Anschaffungen ich im Laufe des Jahres tätigen muss und ich mit dem Geld das ganze Jahr auskommen muss, gehe ich nicht im Januar hin und gebe alles aus was ich habe. Sondern ich warte möglichst lange zu und warte ab, ob vielleicht eine grosse Maschine kaputt geht. Deshalb fallen Ende Jahr diese Beträge an und werden berechtigterweise ausgegeben. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Perroud Arsène, SP: Der Fehler des Globalbudgets der Schule Wohlen ist, dass wir die Leistung dafür nicht definieren. Wir müssen dies vielleicht mal in Angriff nehmen. Wenn wir genau definierten, was wir für das Geld erwarten, erübrigten sich die Fragen Ende Jahr. Das Globalbudget ist nicht immer einfach zu handhaben. Ich bin es leid, hier über jeden Schlauch der Feuerwehr diskutieren zu müssen. Dies ist nicht unsere Aufgabe. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Bächer Andy, CVP: Wir müssten unser System verändern können und einen Anreiz zum Sparen schaffen - und dies belohnen können. Dann würde das Geschilderte nicht stattfinden. Es kann durchaus sein, dass im November noch Geld übrig ist. Es wäre schön, wenn man dies in die Rechnung einfließen lassen könnte mit der Gewähr, dass das Budget bei der nächsten Budgetierung nicht um diesen Betrag gekürzt würde. Wir diskutieren nur um das. Sieht man, dass in der Rechnung 2005 weniger verbucht wurde, ist der erste Gedanke, dies im Budget 2007 auch so zu budgetieren. Das ist der falsche Weg.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Diejenigen Konten, von denen man das Gefühl hatte, sie seien variabel, hat man untereinander zum Globalbudget verknüpft. Es gibt bei der Budgetierung und Rechnungslegung eine Zusammenstellung, die man anschauen kann. Das Ganze ist schlussendlich auch eine Vertrauenssache. Unsere Schule hat 2'400 Kinder. Man muss Vertrauen haben in die Personen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Siebenmann Johannes, Eusi Lüt & Grüne: Vertrauen und Globalbudget Ja/Nein muss getrennt angeschaut werden. Ich möchte das Votum von Andy Bächer unterstützen. Einerseits muss man langfristig planen und nicht im Januar bereits alles ausgeben. Andererseits sind es die Ängste, wenn man das Geld nicht ausgibt, hat man es nicht mehr. Diese Angst muss man nehmen können. Aber es ist auch eine gewisse Gleichbehandlung erforderlich: Man hat bei der Feuerwehr lange diskutiert. Es ist knapp abgelehnt worden. Es ist richtig, wenn man aus Gründen der Gleichbehandlung bei der Bildung das Selbe macht und das Globalbudget in Frage stellt. Es ist nicht festgesetzt, dass nach einer Einführung das Globalbudget auch wieder abgeschafft werden kann. Es sei denn, es sprechen wirklich zwingende Gründe dagegen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Globalbudget Bildung sei abzuschaffen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 68, Kto. 290.365.02, Bildung / Übriges Bildungswesen / Abendkurse bbz freiamt

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Die Abendkurse des bbz freiamt dienen der Erwachsenenbildung. Dank diesem Gemeindebeitrag können diese etwas günstiger angeboten werden. Die Fraktion Eusi Lüt&Grüne und SP finden Erwachsenenbildung grundsätzlich wichtig. Wir finden es auch wichtig, dass das Angebot möglichst günstig und somit für möglichst viele Leute erschwinglich ist. Wir stellen den Antrag, Fr. 6'000 wieder ins Budget aufzunehmen.

Abstimmung

Der Antrag von SP/Eusi Lüt&Grüne

Verzicht auf Streichung des Kto. 290.365.02 (Fr. 6'000)

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 69, Kt. 300.318.01, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Jungbürgerfeier

Bächer Andy, CVP: Wir stellen Ihnen den Antrag, auf die Jungbürgerfeier nicht zu verzichten. Unsere Zukunft ist die Jugend. Dieser Anlass könnte dazu dienen, das Interesse der Jugendlichen für die politische Arbeit zu wecken und das Interesse an der Gemeinde Wohlen zu fördern. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

With Corinne, SP: Die Fraktion SP und Eusi Lüt&Grüne ist auch für die Belassung des Betrages. Es ist wichtig, dass man den Jugendlichen auch etwas bietet. Eine Jungbürgerfeier gehört einfach in eine Gemeinde.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich möchte den Antrag unterstützen. Die Jungbürgerfeier ist für jeden nur einmal im Leben. Dies ist ein wichtiger Schritt, auch was das politische Leben betrifft.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat sich bei diesem Posten schwer getan. Ich möchte Ihnen folgende Zahlen bekannt geben betreffend der diesjährigen Jungbürgerfeier: Anmeldefrist bis 17.11.2006, 131 Jungbürger gesamt, 30 Anmeldungen (23 %), 7 Abmeldungen (5 %). Wir stellen fest, dass das Interesse zurückgegangen ist. Man kann sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen, man macht etwas für die Wenigen, die Interesse zeigen.

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Ich finde es auch Wenige. Aber umso wichtiger ist es, dass man sie unterstützt und ermutigt. Sie sind diejenigen, die nach uns vielleicht einmal hier sitzen werden.

Abstimmung

Der Antrag der CVP

Auf die Durchführung der Jungbürgerfeier sei nicht zu verzichten. Der Beitrag von Fr. 5'000 ist im Budget 07 zu belassen.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Seite 69, Kto. 300.310, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Informationen, Veranstaltungs-Programme , Inserate, Büromaterial

Tanner Peter, SVP: Wir beantragen Ihnen eine Reduktion von Fr. 3'000 auf Fr. 15'000 mit der Begründung: Beschränkung auf das Allernotwendigste.

Müller Christian, Gemeinderat: Hier ist v.a. der Kulturpunkt massgebend, ein Informationsblatt, welches 4 mal im Jahr in alle Haushaltungen verteilt wird. Ich würde eine Kürzung sehr schädlich finden. Der Kulturpunkt ist wichtig für den kulturellen Bereich von Wohlen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Tanner Peter, SVP: Der Kulturpunkt ist in Ordnung. Kann man ihn nicht beibehalten und gleichwohl die Fr. 3'000 woanders einsparen?

Müller Christian, Gemeinderat: Nein.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 300.310 sei um Fr. 3'000 auf Fr. 15'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 69, Kto. 300.311.01, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Ankauf von Bildern + Plastiken

With Corinne, SP: Wir finden, der Ankauf von Bildern und Plastiken ist Kulturförderung und wird von den Künstlerinnen und Künstlern benötigt. Wir würden es wichtig finden, diesen Betrag wieder im Budget aufzunehmen.

Müller Christian, Gemeinderat: Auch die Kultur muss ein Zeichen setzen. Die Kürzung ist mit der Kunstkommission abgesprochen. Es ist nicht nur Fr. 10'000 für den Bilderkauf, sondern wie folgt aufgeteilt: Fr. 5'000 für Bilderkauf, Fr. 5'000 für eine Ausstellung weniger im Jahr (anstelle von 4 Ausstellungen werden nächstes Jahr 3 stattfinden).

With Corinne, SP: Wir ziehen den Antrag zurück.

Seite 69, Kto. 300.365.01, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Musikverein Wohlen

Tanner Peter, SVP: Der Musikverein erhält Fr. 12'000 pro Jahr. Wir machen die Opferbereitschaft auf breiter Front geltend. Wie auch andere zurückstecken mussten, beantragen wir Ihnen, den Beitrag um Fr. 3'000 auf Fr. 9'000 zu reduzieren.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Alle Vereine in Wohlen, nicht nur die kulturellen, sollen einen Beitrag erhalten. Sie machen sehr viel Arbeit, so auch der Musikverein, der häufig an den öffentlichen Anlässen auftritt. Eine Kürzung würde nicht verstanden werden.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Bei diesen Beiträgen an die Vereine muss man Folgendes unterscheiden: Ist es ein Beitrag an einen Verein, der sich selbst finanzieren kann und über eigene finanzielle Mittel verfügt oder ist es ein Verein, der in Not ist und die Unterstützung dringend braucht. Weiss jemand, ob der Musikverein über eigene finanzielle Mittel verfügt?

Müller Christian, Gemeinderat: Die Kulturkommission prüft jedes Jahr die Gesuche der Vereine für Beiträge aus dem Kulturkredit (Kultur im Sternen, Kantiforum, Musikverein etc.). Es soll nicht sein, dass Vermögen vermehrt wird. Der Musikverein verfügt sicher über einen Stock an Geld, diesen braucht er aber zum Existieren und Weiterleben. Denken Sie an eine Instrumenten- oder Uniformenanschaffung. In diesen Fällen sind wir über ein Kapital des Musikvereins froh, damit er einen grossen Teil dieser Investitionen selber finanzieren kann. Die Vereine müssen jedes Jahr den Vermögensstand ausweisen. Die Prüfung erfolgt durch die Kulturkommission sehr akribisch.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Frage von Frau Sandra Lehmann wurde nicht beantwortet. Wenn Christian Müller die Zahl der Höhe des Vermögens kennt, bitte ich ihn, diese zu sagen.

Müller Christian, Gemeinderat: Nein, kann ich nicht.

Bertschi Bruno, SVP: Die Zahl des Vermögens des Musikvereins Wohlen kenne ich von Christian Müller. Ich möchte zum Musikverein Folgendes sagen: Ich war viele Jahre Aktivmitglied und bin jetzt Passivmitglied, der jedes Jahr einen dreistelligen Betrag zahlt. Man kann mir nicht vorwerfen, ich sei kein Freund der Blasmusik. Aber ein Verein, der über ein Vermögen in der Grössenordnung von Fr. 90'000 verfügt, darf doch im Jahr 2007 auf Fr. 3'000 verzichten. Dieses Votum ist nicht gegen den Musikverein.

Müller Christian, Gemeinderat: Das Vermögen wird wohl in dieser Grössenordnung sein.

Wyss Martin, SVP: Ich habe eine Anregung. Eingangs wurde beim Finanzplan davon gesprochen, mehr Ideen zu entwickeln und innovativ zu sein. Jungbürgeranlass: Weshalb fragt man hier nicht das einheimische Gewerbe an für einen Beitrag, für eine Führung etc? Vielleicht würde sogar ein Geldrückfluss stattfinden. Kulturpunkt: Weshalb kann man den Kulturpunkt nicht mit Inseraten refinanzieren? Kunstausstellungen: Weshalb arbeitet man nicht mit einem Patronat?

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 300.365.01 sei um Fr. 3'000 auf Fr. 9'000 zu kürzen.

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Seite 70, Kto. 303.311, Kultur, Freizeit / Casino / Anschaffung von Mobilien

Spörri Marlies, SVP: Wir möchten den Betrag von Fr. 2'000 streichen, da kein Bedarf vorhanden ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Was wäre, wenn wir etwas anschaffen müssten?

Wiederkehr Peter, SVP: Dann stellen Sie einen Antrag.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Und dafür den ganzen Einwohnerrat zusammenrufen? Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

With Corinne, SP: Es hat nicht einmal Aschenbecher im Casino. Anschaffungen, welche zur Infrastruktur gehören, sollen möglich sein.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 303.311 sei zu streichen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 69, Kto 300.318.03, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Neujahrsapéro

With Corinne, SP: Der Neujahrsapéro ist wichtig für unsere Gemeinde, um eine Gemeinschaft zu bilden, um sich zu treffen. Bei einem Neujahrsapéro ist dies sicher eine gute Gelegenheit für unsere Steuerzahlerinnen und -zahler.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Das Kto. 300.318.03 sei um Fr. 4'000 auf Fr. 4'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 70, Kto. 303.314.02, Kultur Freizeit / Casino / Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion Freis Wohle und EVP beantragen die Kürzung des Kontos um Fr. 5'000 auf Fr. 10'000 durch Verzicht auf Fassadenreinigung. Die Reinigung der Fassade des Casinos kann man sich sparen. Es ist klar, dass die Flecken der Mauerspinnen kein schöner Anblick sind. Aber nach der Reinigung kommen die Spinnen zurück, was die ganze Aktion zwecklos macht. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es ist sehr unschön und die Spinnen werden wieder kommen, das stimmt. Das letzte Mal wurde die Reinigung vor 5 Jahren durchgeführt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es sehr wüst aussieht und sich die Investition lohnt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Freis Wohle/EVP

Kürzung um Fr. 5'000 auf Fr. 10'000 durch Verzicht auf Fassadenreinigung.

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 69, Kto. 300.365.20, Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Kulturkredit Förder- und Anerkennungsbeiträge

Perroud Arsène, SP: Wir finden die Kürzung des Kredites um Fr. 10'000 auf Fr. 30'000 überhaupt nicht gut und beantragen die Belassung bei Fr. 40'000. Die Kulturförderung in Wohlen hat ein Mauerblümchendasein. Diese nochmals zu strafen, ist nicht in unserem Sinn und Geist.

Müller Christian, Gemeinderat: Auch diese vorgesehene Kürzung ist mit der Kulturkommission abgesprochen. Schweren Herzens wird auf die Fr. 10'000 verzichtet. Doch muss auch hier ein Zeichen gesetzt werden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Thiébaud Alain, FDP: Ich bin auch nicht überzeugt, dass hier das Sparen am richtigen Ort ist. Die Beiträge gehen an Private, die ihre kulturellen Anlässe zu einem grossen Teil mit Spendengeldern, Unterstützungsbeiträgen aus der Wirtschaft und von Unternehmen finanzieren. Ich habe selbst einmal einen Anlass organisiert, der aus diesem Budget eine Defizitgarantie erhalten hat. Wir haben sie aber nicht ausgeschöpft. Mit diesen Fr. 40'000 erreicht man sehr sehr viel für die Attraktivität von Wohlen.

Abstimmung

Der Antrag der SP/Eusi Lütet&Grüne

Das Konto 300.365.20 sei um Fr. 10'000 auf Fr. 40'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 71, Kto. 304.310, Kultur, Freizeit / Gemeindebibliothek / Büromaterial, Drucksachen, Inserate, Werbung

Spörri Marlies, SVP: Wir beantragen die Kürzung um Fr. 1'700 auf Fr. 2'300 auf Niveau Rechnung 2005.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wir haben schon xfach über Büromaterial gesprochen. Wir geben aus, was wir brauchen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 304.310 sei um Fr. 1'700 auf Fr. 2'300 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 71, Kto. 304.317, Kultur, Freizeit / Gemeindebibliothek / Reise- und Konsumations-spesen, Weiterbildung, Spesen

Spörri Marlies, SVP: Wir beantragen die Streichung dieses Kontos und appellieren an die Opferbereitschaft auf breiter Front.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 304.317 sei zu streichen (Fr. 1'000).

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 72, Kto. 330.311, Kultur, Freizeit / Parkanlagen, Wanderwege / Anschaffung von Mobiliar und Einrichtungen

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Persönliche stelle ich den Antrag auf Rückstellung und Kürzung von Fr. 10'000 für einen Fahrradunterstand auf dem Kirchenplatz. Aufgrund der Finanzsituation hat dieser meines Erachtens keine Dringlichkeit. Jedenfalls wäre diese Einsparung sinnvoller als die lineare Kürzung oder gar die komplette Streichung der Zahlungen an diverse Hilfsorganisationen wie z.B. den Beitrag der Integra, Pro Cap etc. Ich beantrage den Betrag von Fr. 10'000 für den Fahrradunterstand im Budget 07 zu streichen.

Spörri Marlies, SVP: Die SVP Wohlen unterstützt diesen Antrag.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auf dem Kirchenplatz hatte es früher einen Fahrradunterstand. Durch die Umgestaltung des Kirchenplatzes ist dieser verschwunden. Bei uns sind Begehren aus der Bevölkerung eingegangen, diesen Unterstand wieder zu machen. Bauverwalter Werner Mäder, gibt es noch eine Ergänzung?

Mäder Werner, Bauverwalter: Es ist so, wie Gemeindeammann Walter Dubler sagt.

Meier Maya, Freis Wohle: Ich habe eine Frage: Mit der Umgestaltung des Kirchenplatzes wurde auch die Bushaltestelle verschoben, vor das Gemeindehaus. Wenn jemand beim Kirchenplatz einsteigt und zurückkommt, steigt er beim Gemeindehaus aus. Könnte er sein Velo auch beim Gemeindehaus unters Dach stellen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist mir nicht bekannt, dass jemand fürs Velo abstellen beim Gemeindehaus gebüsst wurde. Ich sehe kein Problem.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Es geht um die Fahrradparkplätze bei der Kirchenmauer. Ich frage mich wegen der Benutzen dieser Veloparkplätze. Sind dies wirklich Busbenutzer oder Kirchengänger? Wenn sie für die Kirchengänger wären, müsste dies ja eigentlich die Kirchgemeinde bezahlen.

Abstimmung

Der Antrag von Thomas Unteregger, Freis Wohle,

Das Kto. 330.311 sei um Fr. 10'000 für einen Fahrradunterstand auf dem Kirchenplatz zu kürzen.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Seite 72, Kto. 340.318, Kultur, Freizeit / Sport / Dienstleistungen „Vernetzung von Bewegung + Sport“

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben auch eine Korrektur im Budget. Der Kanton macht mit 6 Pilotgemeinden ein Projekt zur Stärkung von lokalen Trägern von Bewegung und Sport zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Wir haben anfänglich mitgemacht. Rolf Stadler, Paul Huwiler und ich waren dabei. Wir haben die Übung aber abgebrochen und dies bereits dem Departement für Bildung, Kultur und Sport mitgeteilt. Wir wissen wie Sportförderung betrieben wird. Es wäre zusätzliche Administration gewesen. Hiermit erkläre ich den Betrag als gestrichen.

Seite 72, Kto. 330.313, Kultur, Freizeit / Parkanlagen, Wanderwege / Bau- und Unterhaltungsmaterial, Kies, Pflanzen

Spörri Marlies, SVP: Wir beantragen die Kürzung um Fr. 4'000 auf Fr. 15'000. Weniger ist vielfach mehr.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 330.313 sei um Fr. 4'000 auf Fr. 15'000 zu kürzen.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Seite 72, Kultur, Freizeit / Sport

Wiederkehr Peter, SVP: Wir möchten bei der Dienststelle 340 Sport Einsparungen von total Fr. 35'500 machen (Niveau Rechnung 2005) auf Fr. 311'900.

Fischer Arthur, Präsident: Dieser Antrag ist nicht möglich.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Dann formulieren wir den Antrag um: lineare Kürzung aller Positionen unter 340, Seite 72 und 73, um gesamthaft Fr. 35'500.

Bächer Andy, CVP: Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen. Ich wüsste nicht, wo man Geld einsparen kann. Vielleicht bei Schul- und Turnraumbenützung oder den Vereinen sagen, ihr könnt nicht mehr in die Turnhalle.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Bitte lehnen Sie den Antrag ab. Der Gemeinderat hat mit dem Konto 340.308 bereits Fr. 6'000 gestrichen. Wer weitere konkrete Vorschläge hat, soll sich melden. Zu jeder Position wurde etwas überlegt. Vorgängig wurden die Globalbudgets beanstandet und jetzt operiert man, wie wenn es ein Globalbudget wäre.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Kürzung der Budgetpositionen unter Dienststelle 340 linear um insgesamt Fr. 35'500 auf das Niveau der Rechnung 2005.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 73, Kto. 342.314.01, Kultur, Freizeit / Schwimmbad Bünzmatt / Unterhalt Schwimmbad durch Dritte

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 20'000 auf Fr. 10'000. Im Hinblick auf die Sanierung wollen wir nicht noch mehr Geld „hineinpumpen“ ins Schwimmbad.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Fr. 14'000 sind für den normalen Unterhalt, Fr. 16'000 sind für Serviceverträge. Hier gibt es nichts zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 342.314.01 sei um Fr. 20'000 auf Fr. 10'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Seite 74, Kto. 343.318.02, Kultur, Freizeit / Sportzentrum Niedermatten / Dienstleistungen, Honorare
Seite 75, Kto. 350.318, Kultur, Freizeit / übrige Freizeitgestaltung / Dienstleistungen, Honorare (Skaterpark)**

Suter Stefan, SP: Es geht hier um den Sicherheitsdienst einerseits des Sportzentrums Niedermatten, andererseits des Skaterparks. Wir sind der Meinung, dass dieser beibehalten werden soll. Vandalenakte und Verwüstungen können so vermieden werden, die Anlagen sind geschützt. Es können so auch Einsparungen vorgenommen werden.

Becker Doris, Gemeinderätin: Wir wollten hier ein Zeichen setzen und die BEKAS-Kontrollen einstellen. Doch geht dies erst auf 31.10.2007 mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist. Die vorgesehene Kürzung kann also nicht so umgesetzt werden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Perroud Hedy, Eusi Lüt & Grüne: Aber wegen Nichts haben wir damals den Kredit nicht gesprochen. Haben die Kontrollgänge denn etwas genützt?

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Betriebskommission Niedermatten hat damals die Verträge abgeschlossen. Damals waren die Kommission und das Sportzentrum noch nicht der Bauverwaltung unterstellt.

Bächer Andy, CVP: Ich weiss nicht, wer die Verträge abgeschlossen hat. Eine Kommission kann das nicht. Grundsätzlich ist durch die Kontrolle gewährleistet, dass keine oder weniger Vandalen unterwegs sind. Die Kontrollen werden unregelmässig vorgenommen, man kann sich also nicht darauf einstellen. Wir haben im Sportzentrum Niedermatten sehr wenige Vandalenakte, was anderswo nicht der Fall ist. Wir könnten den Posten auch beliebig erweitern, viele öffentliche Bauten, v.a. Schulhäuser, sind in der Nacht sehr stark belebt.

Abstimmung

Der Antrag der SP/Eusi Lütet&Grüne

Die Kto. 343.318.02 bzw. 350.318 sind auf Fr. 19'000 bzw. Fr. 4'800 zu belassen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 74, Kto. 343.314.01, Kultur, Freizeit / Sportzentrum Niedermatten / Baulicher Unterhalt durch Dritte, allgemein

Wiederkehr Peter, SVP: Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 7'000 auf Fr. 15'000. Man soll sich auf das Allernötigste beschränken.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Bei diesen Fr. 22'000 geht es fast ausschliesslich um Serviceverträge.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Das Kto. 343.314.01 sei um Fr. 7'000 auf Fr. 15'000 zu kürzen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 78, Kto. 542.301, Soziale Wohlfahrt / Chinderhuus / Löhne Seite 78, Kto. 542.313.03, Soziale Wohlfahrt / Chinderhuus / Lebensmittel, Getränke Seite 79, Kto. 542.318.01, Soziale Wohlfahrt / Chinderhuus / Mahlzeitenbezug von Arbeitszentrum für Behinderte

Meier Maya, Freis Wohlen: Wir beantragen die Kürzung des Mahlzeitenbezuges Chinderhuus um Fr. 25'000. Vorab möchte Freis Wohle festhalten, dass wir 100%ig hinter dem Chinderhuus stehen. Trotzdem müssen diese Ausgabe kritisch hinterfragt werden. Auch Möglichkeiten für Mehreinnahmen sollen unseres Erachtens dringend ausgeschöpft werden. Seit die Mahlzeiten im Chinderhuus selbst zubereitet werden, sind diese Kosten von der Verpflegung insgesamt gestiegen. Der Gemeinderat bzw. die Hortkommission sollten dieses Konzept nochmals überdenken. Wir beantragen deshalb eine Reduktion um Fr. 25'000 auf das alte Kostenniveau.

Külling Harold, Vizeammann: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Zum ergibt sich diese Position für die Mahlzeiten aus dem Zusammenschluss der alten Positionen 313.03 und 318.01. Wir sind umgezogen ins reformierte Pfarrhaus und danach hat man den Mahlzeitenbezug aus der Integra nicht mehr gemacht. Aber man hat selbst mit Kochen begonnen. Für die Budgetierung hat man die beiden Posten Mahlzeitenbezug Integra Fr. 38'000 und die Fr. 5'000, die man vorher schon hatte, zusammengefasst. Dies ergibt den Mahlzeitenbetrag im Budget. Wir haben festgestellt, dass wir vermutlich mit diesem neuen System weniger Kosten haben werden. Wieviel wissen wir noch nicht. Wegen der Möglichkeiten der Mehreinnahmen: Ich möchte mich nicht mehr gross dazu äussern. Ich glaube, diese Möglichkeiten sind vom Einwohnerrat blockiert worden. Es ist ja noch eine Motion hängig. Sobald diese behandelt ist, werden wir uns weitere Gedanken machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Meier Maya, Freis Wohle: Ich kann dies nicht ganz nachvollziehen. Der Totalaufwand beträgt Fr. 25'000 mehr gegenüber dem Budget 2006. Bei den Elternbeiträgen hat man Fr. 200'000 eingesetzt. Dort kommt ja auch weniger rein, weil man den Tarif nicht angepasst hat.

Külling Harold, Vizeammann: Wir haben mehr Leute, weil wir eine Lehrfrau ausbilden. Der Lohn wurde inzwischen wieder gesenkt nach dem Beschluss des Einwohnerrates. Die Elternbeiträge sind tatsächlich in der Hoffnung auf die Tarifierhöhung festgelegt worden. Ich möchte Sie bitten, schreiben Sie nicht herum. Wir versuchen alles, um die Kosten des Chinderhuuses zu senken. Wir werden im nächsten Jahr nach der Rechnung eine Lagebeurteilung vornehmen und schauen, ob das gewählte System sinnvoll ist.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Freis Wohle und EVP

Aufwand für Mahlzeitenzubereitung: Kürzung um Fr. 25'000

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 76, Kto. 440.365.01, Gesundheit / Krankenpflege / Stiftung für Behinderte im Freiamt Wohlen

Bächer Andy, CVP: Wir stellen den Antrag, die Fr. 6'000 im Budget zu belassen. Als Standortgemeinde dieser Institution können wir es uns nicht erlauben, den Pauschalbeitrag von Fr. 200 pro betreuten Wohler Bürger zu streichen. Wir sehen diesen Beitrag auch als eine Art Wertschätzung gegenüber der Integra, welche vielen behinderten Mitmenschen ein eigen erarbeitetes Teileinkommen ermöglichen. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Die Fraktion Eusi Lüt & Grüne und SP unterstützen den Antrag.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Auch ich werde diesen Antrag unterstützen. Es kommen noch andere kleine Positionen, über die man diskutieren kann und deren Streichung ich mich auch etwas schäme.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es handelt sich um einen freiwilligen Beitrag von Fr. 200 pro Insasse mit Wohnsitz in Wohlen. Ich wollte wissen, was die Grundlage ist. Im Jahresbericht 1987 hat die Stiftung darauf hingewiesen, dass freiwillige Beiträge jederzeit willkommen seien. Die Gemeindeammannervereinigung des Bezirks Bremgarten hat den Gemeinden empfohlen, der Stiftung jährlich einen freiwilligen Beitrag von Fr. 100 bis Fr. 200 pro Insasse zu überweisen. Der Gemeinderat hat am 03.10.1988 den Beschluss gefasst, einen freiwilligen Beitrag von Fr. 200 zu leisten. Damals betrug der Betrag Fr. 2'400, ab Jahr 1990 wurde der entsprechende Betrag jeweils budgetiert. Dies ist unverbindlich. Im Jahresbericht ist Wohlen mit Fr. 6'000 recht auffallend. Ich habe meine Zweifel, ob die Nachbargemeinden ihre Beiträge so bezahlt haben. Man hat offenbar seit 1988 den Maximalbeitrag geleistet. Wir sind der Meinung, diesen Betrag zu streichen, wie man auch andere Beträge gestrichen hat.

Meier Regula, FDP: Ich möchte nicht von Insassen sprechen, sondern von Bewohnern.

Abstimmung

Der Antrag der CVP

Auf die Streichung des Betrages von Fr. 6'000 zu Gunsten der Integra sei zu verzichten.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Seite 75, Kto. 351, Kultur, Freizeit / Skilager

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Ich habe eine Frage zum Skilager an den Rat. In den Unterlagen wird der Verzicht auf den Gemeindebeitrag für das Jahr 2008 angekündigt. Für die Schule ist es sehr wichtig zu wissen, was sie machen muss, weil die Lager vor Budget 2008 reserviert werden müssen. Es ist von Streichung die Rede, was also heissen würde, dass der Gemeindebeitrag komplett gestrichen würde.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Eigentlich müsste der Präsident des Einwohnerrates sprechen, wenn der Präsident der Schulpflege eine Frage an den Rat richtet. Es ist eine etwas komische Situation. Die einstimmige Fraktion der SVP schliesst sich der wahrscheinlichen Meinung der Schulpflege an, dass es völlig inakzeptabel und eine Provokation ist, den Skilagerbeitrag zu streichen. Wir dürfen ja gar noch nicht über das Jahr 2008 beschliessen. Deshalb kann man wahrscheinlich der Schulpflege die Auskunft erteilen: Es ist nicht erwünscht.

Seite 78, Kto. 540.365.02, Soziale Wohlfahrt / Jugend / Kostenbeteiligung Mittagstisch

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Der bisherige Beitrag an den Mittagstisch „Schmatz“ betrug Fr. 5'500 und hätte verdoppelt werden sollen. Der Grund dafür ist, dass der Schmatz nicht mehr nur 2 mal pro Woche, sondern 4 mal pro Woche ein Angebot hat. Ganz wichtig ist, dass dies eine Ergänzung zu den Blockzeiten ist. Die Blockzeiten, die wir zwar noch nicht haben, aber in der Pipeline sind und hoffentlich nächstens einmal eingeführt werden. Der Schmatz bietet von 11 Uhr bis 14 Uhr eine Betreuung mit Mittagessen an, was eine ideale Ergänzung zu den Blockzeiten bedeutet. Wir meinen, es ist richtig, dass die Gemeinde dies unterstützt und die Helferinnen eine kleine Entschädigung erhalten. Viele Frauen arbeiten fast gratis. Es ist wichtig, dass sie zumindest eine kleine Anerkennung erhalten. Wir stellen den Antrag, die Fr. 6'000 wieder ins Budget aufzunehmen.

Külling Harold, Vizeammann: Es geht um die Streichung der Erhöhung. Ich möchte Sie bitten, vorsichtig zu sein. Man kann für alles eine gute Begründung bringen. Ich war selbst zusammen mit Paul Huwiler an einem Mittagstisch und wir mussten feststellen, dass es gut organisiert und eine gute Sache ist. Aber wir sind nun einmal hier in finanzpolitischen Notwendigkeiten. Wir können jede Position mit einer guten Begründung auch noch begründen, dann haben wir aber keine Streichungen mehr. Ich möchte Sie wirklich bitten, aus Konsequenzgründen zum Antrag von Maja Meier nein zu sagen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe eine generelle Frage zum Mittagstisch. Gehen Kinder über den Mittag nach Hause essen, erhalten die Eltern auch keine Beiträge. Ich sehe nicht ein, weshalb ein Mittagstisch aus öffentlichen Geldern finanziert werden muss. Dies ist kein Auftrag der Gemeinde. Wenn die Kinder nicht nach Hause gehen, sondern in den Schmatz, sollen dies die Eltern finanzieren.

Perroud Hedy, Eusi Lüt&Grüne: Ich bin auch der Meinung, dass die Kinder von zu Hause verpflegt werden sollen und eine kostendeckende Bezahlung gewählt wird. Aber es gibt viele Kinder, die nicht zu Hause verpflegt werden. Ich habe selbst erlebt, wie sie im Migros selber Picknick einkaufen und mit dem restlichen Geld Wein einkaufen. Seit der Mittagstisch besteht, sehe ich, dass es weniger solcher Kinder hat. Ich möchte, dass man diesen Beitrag nicht streicht.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung der Kostenbeteiligung von Fr. 6'000 für den Mittagstisch sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 78, Kto. 540.365.04, Soziale Wohlfahrt / Jugend / Pro Juventute-Elternbrief

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Hier werden Fr. 2'000 gestrichen. Bei den Elternbriefen handelt es sich um Folgendes: Diese werden von der Mütter- und Väterberatung beim ersten Kind an die Eltern abgegeben. Bezahlt wird dies von der Gemeinde. Die Briefe enthalten Erziehungs- und Entwicklungsinfos. Sie werden speziell geschätzt. Sie sind in Deutsch, Französisch und Italienisch verfasst. Andere Sprachen werden von der Pro Juventute direkt finanziert. Dies bedeutet, dass deutschsprachige Eltern die Elternbriefe somit in Zukunft selbst bezahlen müssen. Dies ist nicht in Ordnung. Die Gemeinde bezahlt diesen Beitrag seit 1995.

Külling Harold, Vizeammann: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Auch hier sind wir nicht verpflichtet, diesen Beitrag zu bezahlen. Sicher wären die Elternbriefe sinnvoll. Doch aus Konsequenzgründen müssen wir sagen, dass wir sie uns nicht leisten können.

Unteregger Thomas, Freis Wohlen: Freis Wohlen hat diese Punkte auch diskutiert. Wir sind an einem Punkt angelangt, an welchem wir jede soziale Institution separat besprechen müssten. Auch für mich hat es Positionen, deren Streichungen mich schmerzen. Ich glaube jedoch, wir müssen die tieferen Positionen sein lassen, wie sie in der 2. Budgetvorlage beantragt werden.

Meier Maja, Freis Wohle: Eine Streichung der Pro Juventute Elternbriefe können wir verantworten. Ich habe diese selbst als Beraterin verteilt. Nicht alle Gemeinden finanzieren sie. Hinzu kommt, dass alle Eltern gratis in die Mütter- und Väterberatung gehen können. Auch dort gehen die freiwilligen Beiträge zurück.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung der Elternbriefe sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 79, Kto 550.365.04, Soziale Wohlfahrt / Invalidität / Aarg. Blindenfürsorgeverein, Aarau

Seite 79, Kto. 550.365.05 Soziale Wohlfahrt / Invalidität / Procap Aargau

Seite 79, Kto. 580.365.03 Soziale Wohlfahrt / Allgemeine Fürsorge / Stiftung Frauenhaus Aargau, Brugg

Seite 80, Kto. 580.365.07 Soziale Wohlfahrt / Allgemeine Fürsorge / Die dargebotene Hand, Aarau

Seite 80, Kto. 580.366.02 Soziale Wohlfahrt / Allgemeine Fürsorge / Alterspflege und Betreuung (Seniorenwaldumgang)

Perroud Hedy, Eusi Lüt&Grüne: Ich möchte gerne, dass auf diese Streichungen verzichtet wird. Das Frauenhaus muss ohne freie Beiträge schliessen. Die Dargebotene Hand wird sicherlich von vielen Wohlern benutzt. Dies ist ein niederschwelliges Angebot für verzweifelte Personen. Der Seniorenwaldumgang ist ein Stück Alterspflege in Wohlern.

Abstimmungen

Der Antrag der SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Beitrages von Fr. 200 an den Aarg. Blindenfürsorgeverein, Aarau, sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Beitrages von Fr. 1'000 an die Procap Aargau sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Beitrages von Fr. 1'500 an die Stiftung Frauenhaus Aargau, Brugg, sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Beitrages von Fr. 500 an die Dargebotene Hand, Aarau, sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Beitrages von Fr. 7'000 an die Alterspflege und Betreuung (Seniorenwaldumgang), sei zu verzichten.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Perroud Arsene, SP: Wir stellen den Antrag, dass diese beiden Konten wie bei der ersten Fassung des Budgets verabschiedet wird. Wir finden, die Strassenbeleuchtung bringt einen grossen Beitrag zur allgemeinen Sicherheit. Wir sind für Einsparungen beim Stromverbrauch. Dazu sind aber zuerst Investitionen in die Anlagen notwendig. Uns ist es dies wert, dass es bei uns hell ist und wir uns sicher fühlen können. Ich bitte Sie, diesen Anträge zuzustimmen.

Bächer Andy, CVP: Ich stelle auch Anträge zu diesen beiden Budgetposten, nur konträr. Ich stelle den Antrag, das Kto. 620.312.01 um Fr. 45'000 zu kürzen. Mit geeigneten Massnahmen kann der Stromverbrauch gesenkt werden. Mit Teilausschaltungen und Nachtausschaltungen in der Zeit von 01.00 bis 05.00 Uhr kann man den bereits erzielten Spareffekt durch das Dimmen noch wesentlich verbessern. Ich möchte es der IB Wohlen AG selbst überlassen, welche Massnahmen sie wo treffen möchte. Im Bewusstsein einen Komfortverlust zu bewirken, stelle ich diesen Antrag trotzdem. Wie sagte doch Gemeindeammann Walter Dubler anlässlich der letzten Budgetdebatte: „Alle werden es spüren müssen.“ Bei dieser Streichung ist es nun tatsächlich so. Zum Kto. 620.314.01: Dieser Posten sei um Fr. 200'000 zu streichen. Die Strassenbeleuchtung ist im Besitze der Gemeinde und durch die IB Wohlen AG sehr gut unterhalten. Wir sind der Ansicht, dass bei der schlechten finanziellen Lage nur der allgemeine Unterhalt und Lampenwechsel ausgeführt werden soll, das Allernotwendigste. Funktionierende Leuchten und Anlageteile sollen so lange wie möglich in Betrieb bleiben. Bei allfälligen Sanierungen erwarten wir, dass die Verkabelung und die Installationen so ausgeführt werden, dass die vorher erwähnten Schaltmöglichkeiten realisiert werden können. Es würde mich interessieren, wie viele der heutigen Strassenlampen bereits mit dieser Elektronik ausgestattet sind.

Meier René, Gemeinderat: Lehnen Sie diese Anträge ab und heissen Sie den Antrag des Gemeinderates gut. Als Verwaltungsratspräsident müsste ich Ihnen den Antrag Perroud empfehlen, dann könnte die IB Wohlen AG Strom verkaufen. Der Gemeinderat hat der IB Wohlen AG den Auftrag erteilt, Fr. 23'000 Strom einzusparen (620.312.01). Es gibt die Möglichkeiten, früher abzuschalten oder zu dimmen.

Zum anderen Antrag betr. 620.314.04: Der Gemeinderat verlangt Einsparungen von Fr. 93'000. Ein Antrag auf Fr. 200'000 ist unvernünftig. Dies geht nicht. Wir könnten nicht einmal mehr die Birnen wechseln. Ich glaube, dies möchte niemand. Zudem müssten wir sofort eine Person entlassen und ein 100 %-Pensum streichen. Die IBW macht den notwendigen Unterhalt bei den Kandelabern (Verrostung und Umfallen). Die IBW kontrolliert Verteilrkabinen und nimmt die notwendigen Sicherheitsmassnahmen vor, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Diese kosten auch. Sie haben Mühe, die Fr. 93'000 einzusparen. Es wäre unverantwortlich, Fr. 200'000 einsparen zu wollen.

Bächer Andy, CVP: Der allgemeine Unterhalt und Lampenwechsel ist im Budget mit Fr. 70'000 enthalten. Die Fr. 145'000 und Fr. 58'000 sind zusätzliche Arbeiten, die an einer jetzt funktionierenden Strassenbeleuchtung ausgeführt werden. Deshalb möchte ich die Fr. 203'000 kürzen.

Gfeller Koni, FDP: Man kann den Stromverbrauch mindern. Man kann verlangen, die Lampen abzustellen, man kann verlangen, sie zu dimmen. Einen Drittel unserer Beleuchtung kann man tatsächlich dimmen, den Rest aber nicht. D.h. man müsste bei einigen Lampen die Sicherung herausnehmen. Der Gemeinderat müsste bestimmen, welche Lampen nicht mehr brennen, nicht wir. Unsere Beleuchtung hält gewissen Richtlinien stand, die Sicherheit auf der Strasse gewährleisten. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Wenn Sie die Einsparung gutheissen, könnte die Gemeinde eventuell schadenersatzpflichtig werden, da die Richtlinien nicht mehr eingehalten

werden können. Zum Unterhalt: Darin sind auch die Strassenlampen, welche nur halb so viel Strom verbrauchen, enthalten. Wir werden die Strassenbeleuchtung sukzessive umändern, damit wir in Zukunft eine sparsame Beleuchtung haben. Wenn man alles machen und ca. Fr. 50'000 einsparen möchte, müsste man ca. Fr. 1 Mio. investieren, um alle Lampen umzuwandeln. Wir nehmen den Umbau sehr langsam und zielbewusst vor.

Benz Guido, CVP: Ich habe gehört, dass der Tarif 19 Rp. beträgt und der Nachttarif 7 Rp. Für mich wäre die einfachste Einsparmöglichkeit folgende: Die IBW fakturiert der Gemeinde den richtigen Tarif. Dann hätten wir die Hälfte gespart. Kann mir jemand Auskunft geben?

Gfeller Koni, FDP: Ein Weg wäre, dass sich der Gemeinderat mit der IBW in Verbindung setzt und eine Verhandlung führt. Warum und wie die 19 Rp. entstanden sind, kann ich nicht sagen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Offenbar sind nicht alle unserer Lampen zum Dimmen ausgerüstet. Die Gemeinde Rudolfstetten hat vor 5 bis 6 Jahren das Licht in der Nacht ausgeschaltet. Es ist dort nicht mehr passiert als in anderen Orten. Man muss die Bestellungen aufnehmen und schauen, dass man Einsparungen machen kann.

Bächer Andy, CVP: Es gibt eine BWM-Studie. Die Gemeinden Aarau, Delémont, Neuenburg, Herisau sind u.a. dabei. Herisau hat in etwa die Grösse von Wohlen. Wir sprechen von einer Teilausschaltung unserer Strassenbeleuchtung. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass wir jemanden anstellen müssen um die Sicherungen in den Kandelabern rauszuschrauben. Ich gehe davon aus, dass die Möglichkeit besteht, jede dritte oder zweite Lampe in einem Quartier auszuschalten.

Gfeller Koni, FDP: Die Strassenzüge sind zusammen gehängt. Wenn man dies möchte, müsste der Gemeinderat sagen, welche Lampen ausgeschaltet werden sollen. Dann werden im Herbst die Sicherungen herausgenommen und im Frühling wieder hineingeschraubt. Eine Schaltung wie Andy Bächer dies meint ist nicht möglich.

Benz Guido, CVP: Ich möchte doch noch die Frage stellen, ab wann man mit dem Tarif rechnen kann? Ich bin mir bewusst, dass es sich bei meiner Rechnung um eine „Milchbüchlirechnung“ handelt, aber dies wäre die Hälfte des Betrages.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben Ihre Botschaft aufgenommen und werden dies verfolgen. Weshalb es so ist, weiss ich nicht.

Abstimmungen

Gegenüberstellung der Anträge SP und Andy Bächer zu Kto. 620.312.01

Der Antrag der SP

Erhöhung des Kto. 620.312.01 um Fr. 23'000 auf Fr. 231'000

erhält 9 Stimmen.

Der Antrag von Andy Bächer

Das Kto. 620.312.01 Budgetposten Strom Strassenbeleuchtung sei um Fr. 45'000 zu kürzen.

erhält 18 Stimmen, welcher somit obsiegt.

Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages von Andy Bächer und gemeinderätlicher Antrag

Der Antrag von Andy Bächer

Das Kto. 620.312.01 Budgetposten Strom Strassenbeleuchtung sei um Fr. 45'000 zu kürzen.

erhält 20 Stimmen.

Der gemeinderätliche Antrag

Kto. 620.312.01 = Fr. 208'000

erhält 11 Stimmen.

Somit wurde der Antrag von Andy Bächer, CVP, angenommen.

Gegenüberstellung der Anträge SP und Andy Bächer zu Kto. 620.314.04

Der Antrag der SP

Erhöhung des Kto. 620.314.04 um Fr. 93'000 auf Fr. 293'000

erhält 7 Stimmen

Der Antrag von Andy Bächer

Das Kto. 620.314.04 Unterhalt Strassenbeleuchtung sei um Fr. 203'000 zu kürzen.

erhält 12 Stimmen, welcher somit obsiegt.

Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages von Andy Bächer und gemeinderätlicher Antrag

Der Antrag von Andy Bächer

Das Kto. 620.314.04 Unterhalt Strassenbeleuchtung sei um Fr. 203'000 zu kürzen.

erhält 12 Stimmen.

Der gemeinderätliche Antrag

Kto. 620.314.04 = Fr. 200'000

erhält 22 Stimmen.

Somit wurde der gemeinderätliche Antrag angenommen.

Seite 87, Kto. 721.311, Umwelt, Raumordnung / Abfallbewirtschaftung / Anschaffung von Containern und Behältern für Sammelstellen

Lehmann Sandra, Freis Wohlen: Wir beantragen eine Kürzung dieses Kontos um Fr. 45'000 auf Fr. 7'600 durch den Verzicht auf die unterirdische Sammelstelle. Als unnötig angesichts der aktuellen Finanzlage erachten wir den Bau der unterirdischen Glas- und Büchsensammelstelle. Das ist ein Luxus, den wir uns im Moment nicht leisten können. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen und die Fr. 45'000 einzusparen.

Müller Christian, Gemeinderat: Dies ist kein Luxus. Dies ist eine Sache, die sich sehr gut bewährt hat. Die Umstellung der oberirdischen Quartiersammelstellen haben wir in den letzten Jahren eingeführt. Wir haben Erfahrungen gesammelt mit den 2 bestehenden Sammelstellen. Der Lärm für die Anwohner der Sammelstellen hat sich massiv reduziert. Die Art und Weise der Sammelstellen ist eine Verschönerung des Ortsbildes. Es ist weiter auch eine wesentliche Verbesserung der Ordnung. Wir haben wesentlich weniger Reklamationen. Diese Sammelstellen möchten wir weiterführen. Es ist aber klar, dass nicht jede Sammelstelle umgerüstet wird. Es ist eher so, dass die Sammelstellen reduziert werden. Es hat auch einen finanziellen Aspekt. Zur Zeit entsorgen wir 2 Systeme, einerseits benötigen wir die Abfuhr mit dem Kranen für die unterirdischen Sammelstellen, andererseits brauchen wir jemanden, der die oberirdischen entsorgt. Es käme für uns wesentlich günstiger, wenn das ganze System umgestellt ist. Ich bitte Sie dem Antrag nicht zuzustimmen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Auch hier haben wir absolutes Verständnis. Es ist ganz klar, dass dieses System Ordnung schafft und sich ins Ortsbild einfügt. Es ist aber der grosse Betrag, auf den wir verzichten möchten. Ich glaube auch, dass die Bewirtschaftung eines Systems sicherlich einfacher ist.

Abstimmung

Der Antrag von Freis Wohle

Kürzung des Kto. 721.311 um Fr. 45'000 auf Fr. 7'600 durch Verzicht auf unterirdische Sammelstelle

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Seite 90, Kto. 770.314.02, Umwelt, Raumordnung / Naturschutz / Naturschutzmassnahmen

Seite 90, Kto. 770.319 Umwelt, Raumordnung / Naturschutz / Beitrag an Stiftung Reusstal, Rottenschwil

Seite 90, Kto. 770.365 Umwelt, Raumordnung / Naturschutz / Beiträge an private Institutionen

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Zu 770.314.02: Diese sollen um 1/3 gekürzt werden. Fr. 30'000 sind für eine Gemeinde in der Grösse von Wohlen kein grosser Beitrag. Das wäre eine massive Kürzung. Zu 770.365: Hier erhalten Landwirte einen Beitrag, wenn sie sich für den Naturschutz einsetzen (Pflanzung von Hecken oder Sträuchern). Diese Pflege braucht es für die Landschaft um Lebensräume von Tieren zu vernetzen, damit sie sich weiterbewegen können. Wenn diese fehlen, werden Tiere aussterben. Zu 770.319: Die Stiftung Reusstal lebt von privaten Beiträgen. Freiwillige führen dort grosse Arbeiten aus. Es wäre ein kleiner Beitrag, den unsere Gemeinde an das Naherholungsgebiet leistet. Es ist traurig, dass wir um so kleine Beträge kämpfen müssen.

Müller Christian, Gemeinderat: Auch das Konto Naturschutz muss unter den Sparmassnahmen leiden. Es tut auch hier weh. Das Konto der allgemeinen Naturschutzmassnahmen möchten wir

um Fr. 10'000 kürzen. Auf der anderen Seite wären die neu vorgesehenen Beiträge an die privaten Institutionen sicherlich eine gute Sache. Aber der Gemeinderat wollte alles Neue nicht mehr ins Budget aufnehmen, sozusagen ein Investitionsstopp. Man muss sich auch bewusst sein, dass dahinter eine 6jährige Verpflichtung steht. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Das Kto. 770.314.02 sei um Fr. 10'000 auf Fr. 30'000 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Kto. 770.319 sei zu verzichten (Fr. 200)

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Das Kt. 770.365 sei um Fr. 9'000 auf Fr. 9'200 zu erhöhen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Seite 94, Kto. 840.318, Volkswirtschaft / Industrie, Gewerbe, Handel / Marketing Standort Wohlen

Kammer Bernhard, SP: In der heutigen Zeit, in der es wichtig ist, steuerkräftige Personen und Firmen nach Wohlen bringen, ist es unumgänglich, ins Marketing zu investieren. Für uns ist es wichtig, diesen Budgetposten im Budget zu belassen, damit wir langanhaltend etwas für unsere Wirtschaft bewirken können.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich habe eine Frage. Es sind 2 Sachen, die hier gestrichen werden sollen: der Wirtschaftsanlass und das Saisonpatronat FC. Oder sind es noch mehr Sachen? Den Wirtschaftsanlass sollte man weiterführen. Das Saisonpatronat des FC vielleicht nicht. Kann mir jemand sagen, was der Wirtschaftsanlass kostet?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Erfahrungswert der letzten Jahre beträgt rund Fr. 5'000 für den Wirtschaftsanlass.

Bächer Andy, CVP: Ich kann es unterstützen, diesen Budgetposten im Budget zu belassen. Ich finde, dass es ein sehr gutes Marketing ist für die Gemeinde Wohlen mit dem FC Wohlen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne

Auf die Streichung des Kto. 840.318 sei zu verzichten (Fr. 20'000)

wird mit 13 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Stäger Martina, SVP: Ich erwarte hier eine Stellungnahme des Gemeinderates oder des Verwaltungsratspräsidenten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dieser Budgetposten entspricht einer Annahme. Über die Dividende wird die Generalversammlung entscheiden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich würde da gerne etwas genauer nachfragen – natürlich nur, wenn es erlaubt ist. Kann sich der Verwaltungsrat mit den Fr. 480'000 einverstanden erklären?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte daran erinnern, dass die IB Wohlen AG in den letzten Jahren immer einen erheblichen Teil in die Reserven zurückstellen konnte. Warten wir das Geschäftsjahr ab. Die Generalversammlung wird einen entsprechenden Beschluss fassen. Mehr kann ich nicht sagen.

Diskussion Steuerfuss

Fischer Arthur, Präsident: Es liegen 2 Anträge vor. Die FDP und Freis Wohlen stellen beide den Antrag, den Steuerfuss bei 105 % zu belassen. Die SVP stellt den Antrag, den Steuerfuss um 3 % auf 102 % zu senken.

Perroud Arsène, SP: Wenn wir heute Abend keine Steuerfusserhöhung oder gar eine Steuerfuss-senkung beschliessen, weiss ich nicht, wie wir dies verantworten sollen. Es ist so, der Gemeinde Wohlen fehlen jährlich 3 bis 4 Millionen Franken. Heute haben wir nicht genügend Einsparungen gemacht. Aber 3 Millionen Franken kann man nicht mit Streichungen erreichen. Auch wenn dies die SVP meint. Es ist von uns aus gesehen verlogen, verantwortungslos, wenn man den Steuerfuss so versucht anzunehmen. Es ist natürlich nicht populär, der Wählerschaft einen höheren Steuerfuss zu verkaufen. Es ist aber leider eine Tatsache, der wir uns stellen müssen. Wir werden den Steuerfuss vielleicht bis 2008 halten können, doch danach kommt irgendwann der grosse Knall. Dann müssen wir schauen, wie wir damit umgehen. Es wird keine Verantwortung übernommen von den Befürwortern der tiefen Steuerfüssen. Wie soll man das in Zukunft handhaben? Sparvorschläge in der Grössenordnung von über Fr. 200'000 waren heute Abend nicht viele dabei, die für mich relevant wären, um überhaupt darüber zu diskutieren. Ich bitte Sie eingehendst, Ihren Entscheid zu überdenken, ob Sie wirklich hinter 105 % stehen können. Oder ist es vielleicht einfach so, weil es im Parteibüchlein steht. Wir können es nicht verantworten.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Die Lage ist ernst, das sind wir uns alle bewusst. Mit der Überarbeitung des Budgets 2007 wurde ein erster richtiger Schritt getan. Die wenigsten Mitglieder des Einwohnerrates waren bei den vorangegangenen Entscheidungen, welche heute unsere Finanzlage beeinflussten, beteiligt. Mit einer Steuerfusserhöhung nehmen wir sogleich Druck weg zu den unabdingbaren erforderlichen Einsparungen im Investitionsbereich. Bis unsere Finanzlage wieder im Lot ist, müssen wir unseren Standart senken. Dies müsste meines Erachtens bereits mit der Sanierung Altersheim oder dem Bau der HPS und weiteren Bauten beginnen. Nicht nach den Subventionsmöglichkeiten, sondern nach Notwendigkeit und bezahlbaren Kriterien muss geplant werden. Dabei können oder müssen wir eventuell vorerst mal auch auf die verschiedenen Kreisel verzichten. Zumindest muss auch im Tiefbau, welcher offenbar beim Bund wie beim Kanton im Geld schwimmt, eingespart werden. Mit einer Heraufsetzung des Steuerfusses setzen wir ein schwaches Zeichen und bestrafen unsere Steuerzahler ungerechtfertigt. Zumal für unsere eh schon schwache Steuerkraft die Belastung dieser Steuerzahler entsprechend gross ist. Ich beantrage den Steuerfuss auf 105 % zu belassen.

Meier Regula, FDP: Ich kann mich klar meinem Vorredner anschliessen. Es ist klar, wenn wir unseren Steuerfuss erhöhen, setzen wir ein falsches Signal. Dies ist nicht gut für Wohlen.

Stäger Martina, SVP: Wenn wir heute in diesem Saal behaupten, mit 105 % seien wir unter dem Kantonsmittel, dann stimmt das. Aber die Steuerkraft sinkt trotzdem nicht, obwohl wir unter dem Mittel sind. Jetzt wollen wir über dem Mittel sein und haben das Gefühl, die Steuerkraft steige an. Hier geht die Rechnung für mich nicht mehr auf. 10 % mehr Steuerfuss gleich 10 % mehr Einnahmen. Es gibt einige, die nun z.B. eine Vorsorge machen, um ihre Steuern zu optimieren oder gar wegziehen. Nicht jeder nimmt die 10 % hin, schon gar nicht diejenigen, die gut verdienen.

Abstimmungen

Gegenüberstellung des beantragten Steuerfusses von 105 % (FDP und Freis Wohlen) gegen den beantragten Steuerfuss von 102 % (SVP Wohlen)

Der Antrag der SVP

Der Steuerfuss sei um 3 % auf 102 % zu senken.

erhält 7 Stimmen.

Der Antrag von Freis Wohle und FDP

Der Steuerfuss sei bei 105 % zu belassen.

erhält 23 Stimmen, womit dieser obsiegt.

Benz Guido, CVP: Ich muss ehrlich sagen: wenn man Leute, die analytisch denken und Probleme analysieren, die schauen, wo es fehlt, die Ideen entwickeln, wenn heute jemand einer Steuerfusserhöhung nicht zustimmt – dann weiss ich es nicht. Die Angst, dass der Druck zum Sparen mit einer Steuerfusserhöhung wegfällt, ist sicher zu beachten. Aber man hat gesagt, man möchte in der Fiko schauen, wie man es in Gang setzt. Aber man hat immer bis zum Budget gewartet. Ich kann eine Steuerfusserhöhung vertreten. Ich kann aber ebenso vertreten, dass die Ausgaben zu reduzieren sind, wo man kann. Der eingeschlagene Weg mit 105 % ist ein schlechter Weg. Zum Punkt mit höheren Steuern geht die Steuerkraft hinunter: Man braucht auch Leistungen für die Steuerkraft. Ohne dies geht es nicht. Wir haben eine so grosse Lücke, dass es jetzt nötig ist, zumindest den Unterboden zu legen. Das Parkett können wir in den nächsten Jahren machen. Ich appelliere, dass man den Steuerfuss auf 115 % erhöht.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Langsam aber sicher haben wir es etwa satt, immer als simpel hingestellt zu werden, wenn wir die Steuern senken wollen. Jetzt werden wir aus irgendwelchen Vernunftgründen für 105 % votieren. „Ich bin für Steuersenkungen unter allen Umständen. Mit welcher Entschuldigung auch immer, mit welcher Begründung auch immer. Wenn immer es irgendwie möglich ist.“ Dieses Zitat ist nicht von mir, sondern von Milton Freedman aus Chicago. Auch diejenigen, die eine Steuerfussenkung oder 105 % beantragen, haben dabei etwas studiert. In diesem Sinn möchte ich alle bitten, dieses Zitat von einem hochberühmten Ökonomen zu berücksichtigen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Ich muss Guido Benz entgegenhalten. Wenn der Steuerfuss erhöht wird, nehmen wir uns die Aufgabe weg, nächstes Jahr im Ausgabenbereich entspre-

chende Massnahmen zu tätigen. Das ist für mich nach dem Budget der zweite Schritt, bevor wir die Steuern erhöhen.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte mich auch dagegen wehren, dass ein Steuerfuss von 105 %, was dem bisherigen Niveau entspricht, unehrlich ist. Es genügt, um unsere laufenden Ausgaben zu decken. Es genügt aber auch nicht für mehr. Ich denke, wenn man in Zukunft Investitionen tätigen will, muss darüber diskutiert werden, was es kostet und dies bei einer Entscheidung des Volkes auch einzubeziehen. Wir können mit 105 % gerade so leben.

Meier René, Gemeinderat: Wir sind in corpore finanzpolitische Versager. Wir haben keine Erfahrung. Das müssen wir uns vom jüngsten Mitglied der SVP sagen lassen. Wir sparen, wo wir können. Aber es geht nicht auf. Wer glaubt, dass er in den nächsten Jahren aus dem Budget bei einem Steuerfuss von 105 % die APK finanzieren kann, das Bifang finanzieren kann und den Steuerausfall der Revision Steuergesetzgebung auffangen kann, ist ein finanzpolitischer Laie. Ich appelliere an Sie, an Ihre finanzpolitische Verantwortung als Einwohnerrat dieser Gemeinde, geben Sie uns die Möglichkeit, dass wir die Gemeinde weiterentwickeln können. Geben Sie dem Gemeinderat die Möglichkeit, die finanzpolitischen Aufgaben, welche nicht gesucht sind, welche wir nicht verursacht haben, erfüllen kann. Der Kanton wird das nächste Mal eine Rechnung schicken über 13 Millionen Franken für die Ausfinanzierung der APK. Es braucht keinen Beschluss des Einwohnerrates oder des Gemeinderates. Die Rechnung kommt sehr bald. Wann wollen Sie anfangen, diese Mittel zu erarbeiten, wenn nicht im Budget 2007? Ich habe noch kein Mittel gehört, nur „Wir müssen dann“. Neuerungen oder konkrete Ansätze habe ich nicht gehört. Es ist sehr einfach, den Gemeinderat als finanzpolitischen Versager hinzustellen. Ich bin mir bewusst, dass ein Steuerfuss von 115 % heute Abend nicht angenommen wird. Dies ist mein letztes Votum im Einwohnerrat Wohlen. Ich bitte Sie, folgen Sie dem Antrag des Gemeinderates. Wenn Sie dies nicht tun werden, werden Sie es in den nächsten Jahren aufs Tiefste bereuen. Glauben Sie dies. Dies ist mein Vermächtnis.

Gemeinderat René Meier verlässt die Sitzung um 23.50 Uhr.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Die Belastung der APK können wir nicht beeinflussen. Aber die 10 Millionen Franken für das Altersheim können wir beeinflussen. Die Finanzierung dieser Anlage ist mir nicht klar. Wir haben in den letzten Jahren sehr gute Objekt gebaut in Wohlen, aber auch teure. In Zukunft können wir diesen Standart nicht mehr halten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: In der Tat ist es so, dass das Bifang zu diskutieren geben wird. Dies ist klar. Aber bei der APK gibt es nichts zu diskutieren, 10 Millionen Franken müssen wir mindestens bezahlen. Wenn wir jedoch die selbe Besitzstandsregelung möchten wie der Kanton, dann kommen nochmals rund 3.3 Mio. hinzu, so dass wir bei rund Fr. 13 Millionen sind. Anfangs Dezember entscheidet der Grosse Rat über das Pensionskassendekret. Wenn der Entscheid gefällt ist, haben wir die Belastung im Jahr 2008. Mit diesem Budget haben wir rund 2.5 Millionen Franken mehr Eigenfinanzierung. Wenn die Erhöhung jetzt nicht stattfindet, ist es ein Spiel auf Zeit. Wir haben heute über den Finanzplan gesprochen. Es wurde aber nur generelles darüber gesprochen. Irgendwann müssen Sie aber Farbe bekennen. Heute hätte man im Rahmen des Finanzplanes sagen können: „Die Bewohner des Altersheimes sollen selber schauen, schlägt die Kosten auf die Taxen.“ Springen Sie über Ihren Schatten. 105 % wäre ein komfortables Spiel. Ich bin überzeugt, dass dieser Steuerfuss an der Urne angenommen wird. Es geht aber um Aufgabenlösung. Wir sagen schon lange nicht mehr „Es geht ohne Steuererhöhung“. Wir haben weniger Schulden als auch schon und viele Sachen realisiert. Ich bitte Sie, 115 % zuzustimmen.

Keller Anna, Eusi Lüt & Grüne: Es gibt nicht nur das Leben jetzt. Wir haben neben all den Sachen, die aufgezählt wurden, einiges vergessen. Die Badi wurde in den 60er Jahren gebaut. Diese Sanierung steht noch nirgends. Die Kunsteisbahn ist weit herum die Einzige. Sie hätte aber dringend eine Sanierung nötig. Wir können sagen, vom Altersheim sind wir noch weit entfernt. In 30

Jahren sitze ich aber vielleicht auch dort. Mir ist es wichtig, wie es dort aussieht. Für das Schulhaus Junkholz bestehen schon seit längerem Pläne für eine Sanierung. Auch beim Gemeindehaus könnten Sanierungen vorgenommen werden. Dieses Geld müssen wir zuerst erwirtschaften. Wenn wir jetzt mit einer Erhöhung einen Teil beiseite legen können, ist dies nicht für die Katze.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte an das Votum von Gemeindeammann Walter Dubler anschliessen und fragen, mit welchen Überlegungen er denn das erste Budget gebracht hat mit einem höheren Aufwand und einem Steuerfuss von 105 %?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Am 7. August hat der Gemeinderat das Budget verabschiedet. Wir haben gesagt, dass der Grosse Rat am 22. August das Steuergesetz berät. Es war noch nicht klar, wie es laufen würde. Es bestand noch immer die Hoffnung, dass dies nicht kommen wird. Die APK war in der Vorberatung im Grossen Rat auch noch nicht soweit. Dies waren die beiden Elemente. Auf der anderen Seite stehen die Äusserungen der Fiko vom 16. Oktober, die uns den Anstoss gaben. Die FDP hat nichts anderes gemacht, als die Analyse der Fiko in einen Antrag verwandelt. Auch dort war die Komponente Steuerfusserhöhung enthalten. Wir haben Sie ernst genommen. Mit Steuerfusserhöhungen oder Gebühreneinführung vor die Legislative zu treten, ist die schlimmste Aufgabe der Exekutive. Wir machen es heute sehr ungern. Aber wir müssen handeln.

Tanner Peter, SVP: Erlauben Sie mir, nochmals kurz auf mein Votum betreffend Dringlicher Motion hinzuweisen. Ich habe dort ganz deutlich von einem Befreiungsschlag gesprochen. Die zur Abstimmung stehenden 115 % schaue ich als Befreiungsschlag an, aber total in die falsche Richtung. Man kann dem auch Eigengoal sagen. Ich fasse mein Motto zusammen: Wir senden mit 115 % das Signal aus „Machen Sie in Zukunft einen Bogen um Wohlen!“ Dies können wir uns schlichtweg nicht leisten. Ich möchte noch kurz auf eine andere Tatsache hinweisen. Es fehlt die Strategiekommission. Wir haben noch immer kein Legislaturprogramm. Standortmarketing ist nicht existent. Sie haben heute meine dringliche Motion fast einstimmig abgelehnt, nämlich die schnelle Schaffung mehr Arbeitsplätze. Und nicht zuletzt: der Bauzonenplan ist ein uraltes Vehikel. Dies zusammengefasst kann uns nicht erlauben, jetzt 10 % mehr Steuerfuss zu bewilligen. Wenn wir eine Strukturbereinigung machen wollen, müssen die fehlenden Instrumente auf dem Tisch sein. Jetzt einfach wie eine Card blanche 10 % mehr verabschieden ohne all das vorhanden, ist unverantwortlich. Sonst kommen wir noch mehr in die Traufe. Bleiben Sie bei 105 %. Wir sollten eigentlich mit dem Steuerfuss runter, damit wir nach aussen ein gutes Signal senden. Aber Sie haben unseren Antrag abgeschmettert. 105 % würden den Schaden in Grenzen halten.

Thiébaud Alain, FDP: Ich wehre mich dagegen, dass wir uns, indem wir den Vorschlag der Fiko in den Antrag aufnehmen, inkonsequent oder unehrlich verhalten hätten. Wir wollten einen Anstoss dazu geben, Sparmassnahmen zu realisieren. Wir wollten den Anstoss geben, den Bestand unserer verfügbaren Mittel zu verbessern. Auch dies ist gewissermassen passiert. Wie man das macht, haben wir bewusst nicht vorgegeben. Zu den Investitionen. Wir sind der Ansicht, dass wir bezüglich unserer Investitionen nicht ein Rede- oder Denkverbot brauchen oder dies mit einem Steuerfuss von 105 % beschlossen wird. Man kann durchaus über ein Bifang, eine Badi etc. diskutieren. Wir müssen uns in Zukunft aber auch bewusst sein, dass es etwas kostet. Es wird für die einzelnen Interessengruppen härter werden, um solche Investitionen zu kämpfen. Es ist nur so ehrlich, wenn man sagt, woher die Mittel genommen werden. Zu der Steuergesetzrevision: Sie ist nötig, richtig. Der Kanton ist der einzige, der die Grundsätze unserer Steuergesetzgebung beeinflussen kann. Wir haben nur die Kompetenz, einen gewissen Anteil am ganzen Topf zu beanspruchen. Gezielte Massnahmen, wie der Kanton sie macht, können wir nicht einsetzen. Der Kanton hat auch nicht nur Wohlen als Gemeinde, sondern eine ganze Gesamtheit von Gemeinden, für die er einen Konsens suchen muss. Hier haben wir nur eine Stimme und sind etwas unterlegen. Dies ist nicht unehrlich oder unrealistisch sondern entspricht den Bedürfnissen unseres Kantons.

Benz Guido, CVP: Es gibt etwas Ähnliches wie der FC Wohlen. Beide kommen am Schwanz. Aber es gibt einen Unterschied: wenn sich der FC Wohlen anstrengt, kommt er durchaus rasch wieder vorwärts. Ich habe meine schwersten Zweifel, dass dies auch mit der Gemeinde so gehen wird. Wir würden zu den 10 oder 20 Gemeinden mit der schwächsten Finanzleistung gehören. Das ist für mich keine gute Grundlage für eine interessante Gemeinde, keine gute Grundlage, um die Steuerkraft zu erhöhen, ist keine gute Grundlage, um vernünftige Investitionen zu machen. Ich appelliere nochmals an alle, den Steuerfuss von 115 % zu akzeptieren.

Abstimmungen

Gegenüberstellung Steuerfuss 105 % (Antrag Freis Wohle/FDP) / Steuerfuss 115 % (Antrag Gemeinderat)

Der Antrag von Freis Wohle und FDP

Der Steuerfuss sei bei 105 % zu belassen.

erhält 18 Stimmen.

Der gemeinderätliche Antrag

Der Steuerfuss sei um 10 % auf 115 % zu erhöhen.

erhält 18 Stimmen.

Somit entsteht eine Patt-Situation. Gemäss § 31 Abs.2 des Geschäftsreglementes gibt der Vorsitzende den Stichentscheid.

Fischer Arthur, Präsident: Ich stimme für 115 %.

Somit obsiegt der gemeinderätliche Antrag auf 115 % Steuerfuss.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung des Voranschlages 2007 der Einwohnergemeinde Wohlen (2. Vorlage) mit einem Steuerfuss von 115 % (unter Einbezug der heute beschlossenen Änderungen)

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen genehmigt.

Fischer Arthur, Präsident: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke Ihnen fürs Durchhalten.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.